

»Proletarische Revolutionen ... kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnern grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbarmlichkeiten ihrer ersten Versuche. Scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde saugen und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, erschrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: HIC RHODUS; HIC SALTA.«

Karl Marx

Wir haben in unserem Brief vom 10. 4. gesagt, daß wir es als einen Fehler von uns sehen, daß wir in den letzten Jahren viel zu wenig von unserem Prozeß vermittelt haben. Daraufhin haben wir aus den verschiedensten Ecken knallharte Kritiken bekommen. Was wir angekündigt hätten, sei eine Nabelschau und hätte nichts mit der Beantwortung der anstehenden Fragen zu tun, die sich aus der politischen Situation ergeben. Es sei unsouverän, unpolitisches Gejammerge, und außerdem würde uns wohl jeder Stolz fehlen, weil wir angekündigt hatten, daß wir auch über Fehler von uns reden werden. Davon werden wir uns nicht beirren lassen, wollen aber doch kurz darauf eingehen.

Wenn wir heute einen Schnitt in unserer Geschichte machen, dann auch dafür, daß wir unsere Erfahrungen reflektieren, um sie für uns und andere nutzbar zu machen. Alles andere wäre geschichtslos. Wir haben eine Geschichte von 22 Jahren Kampf, und es geht darum, soviel wie möglich aus den gemachten Erfahrungen aus allen Kämpfen in diesem Land zu lernen, um es in die Zukunft mitzunehmen zu können. Deshalb werden wir selbstverständlich auch über Fehler reden, da, wo wir welche sehen, damit sie nicht in Zukunft wiederholt werden müssen. Unsere Identität und unser Stolz besteht nicht daraus, daß wir uns für unfehlbar halten würden, und wir denken auch nicht, Fehler würden die Legitimität revolutionären Kampfes in Frage stellen. Im Gegenteil: Wir haben einiges zu sagen, von dem wir denken, daß es für zukünftige Kämpfe eine Wichtigkeit hat.

Wir wollen eine offene Diskussion unter allen, die hier um Veränderungen kämpfen. Offen heißt, über alles zu reden, was einem wichtig erscheint, wobei es nicht darum geht, an jedem Punkt eine eigene glanzvolle Position einnehmen zu müssen. GenossInnen, die so an die Diskussion rangehen wollen, sollten sich dringend von dieser kleinbürgerlichen Haltung befreien – der Kleinbürger ist selbstgefällig. Die Erfahrung, daß diese Haltung nichts Gutes mit sich bringt, ist in den sozialistischen Staaten gemacht worden. Viele Befreiungsbewegungen mußten sich damit auseinandersetzen, und auch wir sind es leid. Es ist eine Haltung der vergangenen Epoche und sollte in die neue nicht mitgezogen werden. Es gibt hier viele, die die Texte von Befreiungsbewegungen aus dem Trikont verschlingen, wobei es den meisten völlig logisch und normal vorkommt, daß sie eine vorausge-

gangene Phase kritisieren und auch daraus dann die Bestimmungen für die nächste Phase ziehen. Aber wenn wir das machen, gibts gleich einen Aufschrei, das sei liquidatorisch.

Die Starrheit, an vermeintlichen Klarheiten festzuhalten, ist fast immer Ausdruck der Angst davor, sich Kritiken zu stellen, oft ist es auch der Versuch, eigene Unsicherheiten und Fragen vor anderen zu verstecken. Über unsere Erfahrungen nicht zu reden, würde bedeuten, alle Kriterien, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben und bisher nicht geschafft haben, in eine größere Auseinandersetzung hineinzutragen, über den Haufen zu werfen. Das ist nicht unsere Sache. Den Schnitt zu machen, ist für uns auch die Entscheidung für einen tiefgreifenden Diskussionsprozeß und nicht die Entscheidung dafür, uns aus den Auseinandersetzungen herauszuziehen.

Uns ist in den letzten Wochen immer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben, damit alle unseren Schritt verstehen können, in einer Situation, die sich insgesamt immer mehr zuspitzt. Wir haben mitbekommen, daß es GenossInnen gibt, die das so sehen, aber unser Schritt ist nicht nur die Konsequenz aus der international veränderten Situation, sonst hätten wir ihn spätestens 89 machen müssen. Unrealistisch ist auch die Vorstellung, unsere Bestimmung sei in den letzten Jahren einfach »eine Konfrontationsform halten« gewesen. Das kann keine Guerillapolitik sein. Weder subjektiv ist das möglich noch ist es politisch möglich. Guerillapolitik ist ein permanenter Prozeß von Suche nach den richtigen Antworten in der sich ständig verändernden politischen Situation und Weiterentwicklung der eigenen Kräfte.

In unserem Diskussionsprozeß seit 89/90 in der Gruppe ist uns immer deutlicher geworden, daß wir Starrheiten, alte Rangehensweisen und Orientierungen aufbrechen und umwälzen müssen. Wir konnten allein aus alten Bestimmungen keine Antworten auf die neue Situation finden. Wir können jetzt nur aus der Diskussion und dem Prozeß von uns reden und nicht für unsere gefangenen GenossInnen. Diesen Text begreifen wir auch als einen Beitrag für die Diskussion mit ihnen. Allerdings haben gerade sie kaum die Möglichkeit, aus ihren Bedingungen heraus an dieser Diskussion teilzunehmen. Auch dafür muß ihre Freiheit erkämpft werden.

Zu unserer Geschichte in den 80er Jahren: Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor 84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der 80er, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum »Front-Papier« geführt haben, nichts sagen können. Zum vollen Verständnis und zur Reflexion unserer Geschichte aus dieser Zeit – und für die gesamten 70er Jahre trifft das in noch größerem Maß zu – brauchen auch wir die Diskussion mit unseren gefangenen GenossInnen.

Für diejenigen von uns, die 84 und in der darauf folgenden Zeit zur Guerilla gekom-

men sind, waren natürlich diese ersten Jahre der 80er eine Zeit, in der wichtige Erfahrungen, Entscheidungen und Weichenstellungen im eigenen Leben gelaufen sind, aus denen dann die Entscheidung, selbst bewaffnet kämpfen zu wollen, gekommen ist. Es war die Zeit vieler Kämpfe an unterschiedlichsten Fragen: Anti-Nato-Bewegung; 81 der Hungerstreik der politischen Gefangenen, in dem Sigurd Debus ermordet worden ist; Kämpfe gegen AKWs; gegen die Startbahn West; Hausbesetzungen und natürlich die Massenmobilisierung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. Wir haben selbst in manchen dieser Kämpfe dringesteckt und haben dabei dieselben Erfahrungen gemacht wie alle anderen auch: Wir kommen gegen diese Macht nicht durch.

In dieser Zeit waren hier an all diesen Kämpfen und Forderungen nicht nur Hunderttausende auf der Straße, es waren insgesamt Widersprüche von Millionen Menschen, und an keiner einzigen ihrer Forderungen hat sich die Macht bewegt – logisch, daß da die Kämpfe auch immer radikaler und militanter geführt wurden. Viele haben sich in diesen Jahren entschlossen, verschiedenste militante Initiativen gegen Brennpunkte der Vernichtungspolitik zu organisieren, das heißt zu dieser Zeit, hauptsächlich die US/Nato-Militärstrategie anzugreifen. Das sollte unseren Kämpfen eine neue Schärfe und Durchsetzungskraft geben. Es sprang einen jeden Tag an, daß dieser Staat hunderttausendfachen Protest einfach ignorieren will und gleichzeitig die Menschen, die ihre Forderungen auf die Straße tragen, immer brutaler und gewalttätiger attackiert. Daß es in den Kämpfen dieser Jahre nicht viel mehr Tote (Klaus Jürgen Rattay, Olaf Ritzmann) auf unserer Seite gab und nicht noch mehr Schwerverletzte, war reiner Zufall. Die Grausamkeit und Brutalität gegen die Gefangenen im Hungerstreik 81, die Knüppel- und Gaseinsätze von Polizei und paramilitärischen Einheiten haben deutlich gezeigt, daß der Staat Tote auf unserer Seite eingeplant hatte. Kohls Satz zur Stationierung der Mittelstreckenraketen: »Sie demonstrieren, wir regieren« hat die Haltung der Macht gegenüber allen, die was anderes wollten, auf den Punkt gebracht.

Diese Entwicklung hier hatte ihre Entsprechung in der internationalen Situation, also in der Auseinandersetzung zwischen Befreiungsbewegungen bzw. befreiten Ländern und dem Imperialismus. Es war die Zeit des koordinierten Rollback-Versuchs, die Mittelstreckenraketen sollten die Sowjetunion in Schach halten und tottrüben; Libanon-Bombardierung; Malvinenkrieg; die Zerstörung palästinensischer Flüchtlingslager – Sabra, Shatila, Tel Zaatar; gegen die Befreiungskämpfe wie in El Salvador; Low-intensity-Kriegsführung, die den Krieg weiter verlängern und das Volk ausbluten sollte; in den befreiten Ländern im südlichen Afrika: Contra-Kriege, die jede eigenständige Entwicklung unmöglich machen sollten und die zu unzähligen Kriegs- und Hungertoten geführt haben. Wir können die Entwicklung dieser Jahre hier nur kurz in Stichpunkten anreißen; in allem

hat sich gezeigt, daß der Imperialismus seinen Jahrhunderttraum, sich die ganze Menschheit zu unterwerfen, mit aller Gewalt, selbst unter Einsatz atomarer Waffen, durchsetzen wollte. Dafür wollte er seine Pläne und Projekte hier wie weltweit gegen massenhaften Widerstand durchpeitschen, und dafür sollte jeder Widerstand niedergemacht und ausgelöscht werden.

So wurde für uns wie für viele andere immer deutlicher, daß wir hier eine organisierte Kraft aufbauen müssen, die auch militante und militärische Mittel in der Hand hat. Aus allen Erfahrungen dieser Jahre war einfach klar, daß wir zu einer neuen Qualität unseres Kampfes kommen müssen, wenn wir uns gegen diese zu allem entschlossene Macht durchsetzen wollen – die Alternative wäre gewesen, zu kapitulieren und sich dieser Macht zu unterwerfen; das kam für uns nicht in Frage. Für immer mehr Leute hat sich der Vorschlag, den die RAF 82 mit dem »Front-Konzept« in die Diskussion gebracht hatte – nämlich sich zusammen, also Guerilla, Militante, Widerstand, zu organisieren und daraus zu einer neuen Stärke zu kommen – mit den eigenen Erfahrungen und Konsequenzen daraus gedeckt. Für welche von uns hieß das 84, daß wir die Entscheidung, selbst in der Guerilla zu kämpfen, getroffen haben.

Die Überlegungen, daß wir unsere Kämpfe organisiert und auch militanter führen müssen, wenn wir uns durchsetzen wollen, hatten damals sehr viele. Deutlich zeigt sich das zum Beispiel am Hungerstreik der politischen Gefangenen 84/85. Daß damals Leute aus den verschiedensten Zusammenhängen massenhaft Brand- und Sprengstoffanschläge gemacht haben, um die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung mit durchzusetzen, war ganz konkret die Konsequenz aus den Kämpfen Anfang der 80er. Viele haben einfach gewußt, wenn die Forderung durchgesetzt werden soll, wenn verhindert werden soll, daß der Staat im Streik wieder Gefangene ermordet, dann müssen zu den vielfältigsten Initiativen von Demos bis Veranstaltungen auch Kämpfe auf höherem Konfrontationsniveau dazukommen.

Es ist immer wieder die Rede von der Gewaltspirale – für die natürlich immer die Kämpfe der linken und revolutionären Kräfte verantwortlich gemacht werden. An dem, was wir hier in Kurzfassung zur Entwicklung in den ersten Jahren der 80er gesagt haben, zeigt sich deutlich, daß es anders war. Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu

Verhältnisse; auf die Ignoranz der Macht gegenüber Forderungen und Kämpfen; auf das Durchziehen zerstörerischer Entwicklungen und Kriege gegen massenhaften Widerstand; auf Repression und Ausrottungsverhältnis gegenüber diesem Widerstand. Wenn du die Verhältnisse, die dich und andere nicht leben lassen, verändern willst, überlegst du dir, bewaffnet zu kämpfen, immer als letztes Mittel – nie als erstes. Du probierst vorher viel anderes aus, und du triffst die Entscheidung – weil es deine Lebensentscheidung ist – dann, wenn dir klargeworden oder besser klargemacht worden ist, daß eine bewaffnete Kraft gebraucht wird, weil ohne sie für alle kein Durchkommen ist.

Die RAF war die ganzen 22 Jahre über immer eine relativ kleine Gruppe. Wir sind in dieser Zeit durch Verhaftungen mehrmals ganz oder fast zerschlagen worden, und es gab aus den Verhältnissen in diesem Land und aus den Widerstandsprozessen dagegen immer wieder GenossInnen, die den bewaffneten Kampf für die Umwälzung dieser Verhältnisse aufgegriffen und weitergeführt haben. Auch 1984 war so ein Jahr für uns. Im Sommer wurden sieben GenossInnen verhaftet, und der Staat feierte wieder einmal öffentlich unsere endgültige Zerschlagung. Für uns war es auch tatsächlich so, daß niemand von denen, die in den Jahren vorher die Politik der Guerilla mitentwickelt hatten, übriggeblieben war.

Wir haben 84 mit unserem Anlauf, zu einer gemeinsamen Offensive von westeuropäischen Guerilla-Gruppen zusammen mit militantem Widerstand hier zu kommen, in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. Einerseits war unsere Befürchtung die, von der gesamten imperialistischen Entwicklung überrollt zu werden, wenn wir nicht schnell zu dieser gemeinsamen Intervention kommen. Sie sollte hier in den Zentren der Macht die Kraft aufbauen, die zusammen mit den weltweiten Befreiungskämpfen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Auf der anderen Seite saßen uns natürlich auch unsere eigenen Erfahrungen im Genick. Wir hatten Angst davor, daß es der Staat schaffen könnte, uns einen weiteren Schlag zu versetzen, noch bevor wir endlich den ersten Schritt unserer Front-Vorstellung umgesetzt hatten.

Der Gedanke »Front« ging davon aus, daß wir der rasanten Entwicklung und Eskalation, mit der der Imperialismus mit seinem Rollback-Versuch den Befreiungskampf weltweit endgültig niedermachen und austreten wollte, mit einer starken Kraft hier in seinen Machtzentren entgegentreten. Ein Durchkommen der Befreiungsbewegungen war nirgends absehbar. Statt dessen stieg die Zahl der Opfer immer weiter. Überall nahm die Zahl der Toten, Verletzten und entwurzelten Menschen zu, ohne daß ein Ende dieser Kriege in Sicht war – im Gegenteil, die Low-intensity-Kriegsstrategie, mit der der Imperialismus die Kriege gerade in dieser Phase eskalierte, sollte die Völker zermürben und von ihren Hoffnungen auf ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung abbringen, dadurch daß ihnen mit nicht-endendem Krieg gedroht wurde. Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu

blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront.

Die Auswirkung der internationalen Zuspitzung und imperialistischen Strategien hier in der Metropole war, daß sich in dieser Zeit die Lebensverhältnisse für immer mehr Menschen verschärft haben. Die Zahl derer, die das Kapital für seine Profite nicht mehr brauchte, nahm ständig zu, weil einerseits die gesamte Produktion immer mehr auf Militärproduktion ausgerichtet wurde und natürlich auch in allen anderen Bereichen so umstrukturiert wurde, daß hunderttausende Arbeitsplätze wegrationalisiert worden sind. Es war die Zeit, als die 2/3-Gesellschaft hier angefangen wurde durchzusetzen, also die Macht allen klagemacht hat, daß sie 1/3 der Leute auch hier nicht mehr braucht, daß sie überflüssig geworden sind – und daß sie sich auch so fühlen sollen. Wegen der Ausrichtung der imperialistischen Politik auf das Rollback, also auf Krieg, haben sich die reichen Staaten Westeuropas – an ihrer Spitze die BRD und Frankreich – v.a. an der High-Tech- und Rüstungsindustrie zusammengeschlossen. Daran sollte die Formierung aller westeuropäischen Staaten zu einem einheitlich politisch handelnden Block laufen, der zur gleichwertigen Macht neben den USA und Japan aufsteigen sollte.

Diese Frage haben wir in unserer ersten gemeinsamen Offensive zusammen mit unseren GenossInnen von Action Directe und militanten Gruppen hier in den Mittelpunkt gestellt, denn vom schnellen und reibungslosen Ablauf dieser Formierung hing ab, ob die westeuropäische Staatengemeinschaft ihre spezifischen Aufgaben im Krieg gegen den weltweiten Befreiungskampf erfüllen konnte. Wir haben damals unsere zentrale Aufgabe darin gesehen, uns mit allen revolutionären Kräften in Westeuropa, mit denen das möglich war, gegen diese Entwicklung zu organisieren. Für uns war das eins: auf die internationale Strategie und (auf) die Verschärfung im eigenen Land durch unsere Angriffe gegen strategische Pfeiler der imperialistischen Politik zu zielen.

Wir haben damals in dem Bewußtsein gehandelt, daß wir hier und westeuropaweit sehr wenige sind, und haben das genommen, als wärs Naturgesetz. Davon ausgehend, also von eigenen schwachen Kräften, haben wir überlegt, wie wir zu einer möglichst scharfen Wirkung kommen. In dieser Zeit der ständigen weltweiten Eskalation von Krieg und

■ **»Guerilla zu machen, die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort der Menschen auf die herrschenden Verhältnisse«** ■

kämpfen, ist hier wie überall auf der Welt die Antwort von Menschen auf die herrschenden

■ **»Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen moralisch legitim«** ■

Zerstörung haben wir nicht wirklich am Aufbau einer relevanten Kraft gegen diese Entwicklung überlegt, sondern vielmehr daran, wie wir die schon existierenden und mehr oder weniger isoliert und zersplittert agierenden revolutionären Kräfte zusammenfassen können.

Wir sind mit unseren ersten Schritten in der Umsetzung der Front-Vorstellung schon mitten in den Strudel des historischen Umbruchs reingekommen. Und auch wenn uns das damals so noch nicht bewußt war, hat jede/r gespürt, daß es ein Rennen gegen die Zeit war. Auch daher kam unser Denken, daß, wenn wir jetzt nicht schnell handeln, es danach zu spät ist, daß es dann möglicherweise der Imperialismus schon geschafft hat, diese ganze Epoche für sich zu entscheiden.

Unsere Orientierung auf die möglichst schnelle und scharfe Wirkung unserer Initiativen hatte in vielerlei Hinsicht katastrophale Auswirkungen. Dieses Denken führt fast automatisch zur militärischen Eskalation und verstellt den Blick für politische Prozesse und Möglichkeiten. Wir haben in der Unterschiedlichkeit der Kämpfe und ihrer Vielfalt r t Möglichkeiten und Ideenreichtum gesehen, sondern immer nur das Trennende, anstatt in vollem Bewußtsein der Unterschiede das Verbindende zu suchen, um zusammen rauszufinden, was geht. In dieser politischen Enge und Begrenzung konnte aus dem Front-Gedanken keine starke politische Kraft entstehen. Unsere Wirkung kam in erster Linie aus der politischen Brisanz der Angriffsziele und der Koordinierung und Schärfe der Aktionen.

So haben wir es nicht einmal als Möglichkeit gesehen, zu den Kämpfen Anfang der 80er, aus denen wir ja selbst kamen, die Verbindung herzustellen und weiterzuentwickeln. Das, was für uns selbst die Konsequenz aus diesem Nicht-Durchkommen unserer Kämpfe war, nämlich gemeinsame Organisation und Bestimmung von Angriffslinien, hätte auch für andere eine Antwort auf ihre Erfahrungen sein können. Viele hatten sich im Laufe der Zeit zurückgezogen und resigniert, aber das hätte nicht so bleiben müssen. Sie waren dadurch nicht zu Leuten geworden, die mit diesem System und seinen Zerstörungen einverstanden sind, sondern sie hatten resigniert, weil sie keine Antworten gefunden hatten, wie hier die Durchsetzung von Veränderungen möglich ist. Und wir hatten die Antwort, zumindest einen Anfang davon, aber wir haben damals überhaupt nicht überlegt, wie wir die Verbindung zu den Bewegungen und Menschen herstellen können, die gegen die Raketenstationierung und imperialistische Zerstörung aufgestanden waren oder in Kämpfen gegen Projekte wie z.B. WAA Wackersdorf gesteckt haben, um mit ihnen zusammen eine Kraft gegen die ganze Zerstörung aufzubauen. Unsere Bestimmung davon, was »Front« sein sollte, war dafür viel zu eng, sie hat nur diejenigen umfaßt, die ihren Kampf als internationalistischen gegen die strategischen imperialistischen Entwicklungen bestimmt haben. Für andere Vorstellungen und Ideen gab es da keinen Platz.

Es gab in der Organisierung der Front auch GenossInnen, die ihre Geschichte und Erfahrungen in Zusammenhängen wie z.B. Anti-Nato-Bewegung mit und in dem

Front-Prozeß so weiterentwickeln wollten, daß wir zusammen die Verbindungen zu diesen Kämpfen suchen. Für die Gedanken und Vorstellungen dieser GenossInnen gab es bei dem engen Blick von uns und auch anderen auf die unmittelbare Wirkung unserer Initiativen gegen das System keinen Raum. Für sie stand immer auch die Frage im Mittelpunkt, wie unsere Initiativen für den Aufbau einer breiteren und stärkeren Kraft bestimmt sind und wirken. Aber genau diese Fragen kamen in unseren Diskussionen viel zu kurz. Für uns ging es vielmehr um die Einschätzung der imperialistischen Entwicklung und Schritte und um die Bestimmung unserer Angriffslinien dagegen. Wenn die GenossInnen, die mit der »Front« eine andere, revolutionäre Kraft aufbauende Entwicklung einschlagen wollten, wenn sie in Diskussionen das Eskalationsprinzip – »den Krieg hier auf dem Niveau der internationalen Konterrevolution führen« – in Frage stellten, haben wir das oft als persönliche Schwäche und Unentschlossenheit abgetan. Das politische Problem, die unterschiedliche politische Sichtweise, wurde einfach negiert und ins Subjektivistische gedreht.

Einer unserer Grundgedanken dieser Jahre, nämlich daß das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet, aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abgeleitet wird bzw. sich daran bestimmt, liegt quer zum Aufbau einer breiten revolutionären Kraft hier. Wir haben oft gesagt, daß solche Aktionen polarisieren, das stimmt auch, aber sie produzieren falsche Trennungen, anstatt zusammenzubringen.

Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus, daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air Base-Aktion – und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso – aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperialismus/die US-Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler.

Der Kopf ist rund, damit unsere Gedanken die Richtung wechseln können.

89 standen wir vor dem schmerzhaften Ergebnis dessen, was aus dem Frontprozeß herausgekommen war. Die Verhaftungen und hohen Verurteilungen gegen legale GenossInnen aus dem Widerstand und die vielen Ermittlungsverfahren wegen »Mitgliedschaft in der RAF« gegen Legale in der ganzen BRD hatten zu einem defensiven Zurückweichen vieler GenossInnen aus dem anti-imperialistischen Widerstand geführt. Gleichzeitig waren viele Zusammenhänge in die Brüche gegangen. Viele, die den

Frontprozeß als ihre Sache gesehen hatten, waren resigniert oder zumindest frustriert. Die Grundgedanken des Mai-Papiers von 82 – zu einer gemeinsamen Front von Guerilla und Widerstand zu kommen – waren ein Schritt in die richtige Richtung, aber wir haben es nicht geschafft, eine produktive Verbindung zwischen dem Kampf der Guerilla und den Kämpfen der GenossInnen, die aus anderen Lebenszusammenhängen eine andere Praxis entwickeln, herzustellen und den revolutionären Prozeß zusammen zu stärken und weiterzubringen.

Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftsstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst. Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus, haben wir diese reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den GenossInnen und dann wieder zwischen ihnen und anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das Absolute. Den bewaffneten Kampf hier zu führen, die Illegalität aufzubauen, war nicht begriffen als ein Teil im Gesamten, sondern für viele war es das, was den höchsten Wert hatte. Viele haben sich daran gemessen und sind daran zerbrochen. Heute sehen wir diese Entwicklung als eine, die ihre Logik in der Konzentration auf Angriff gegen die Macht hatte und dadurch möglich wurde. In dieser Konzentration wurden die bewaffneten Mittel schnell als die besten oder die wichtigsten begriffen. Diese Art der wertenden Einordnung an sich steht der revolutionären Entwicklung entgegen.

Wir hatten in dieser Zeit eine falsche Orientierung und haben sie auch an andere weitergegeben. Sicher ist der Angriff auf die strategischen Projekte der Herrschenden ein wichtiger Bestandteil der Guerillapolitik. Aber es ist ein verengter Blick, ausschließlich darauf zu orientieren. Denn so beantwortet es nicht die Frage nach der Entwicklung eines politischen Prozesses. Die Verständigung darüber, warum, ob und welche Schritte der Herrschenden angegriffen werden müssen, ersetzt nicht die Diskussion über eigene Ziele, welche Kräfte und Kämpfe uns nah sind, wo wir Verbindungen suchen usw. – Verbindungen, die sich nicht allein darüber herstellen, daß andere anfangen, sich an uns zu orientieren.

Wir sehen es heute als einen Fehler von uns, daß wir die Bestimmungen unserer GenossInnen bis 84 einfach in groben Zügen übernommen und nicht hinterfragt haben, was an den alten Bestimmungen des »Front-Papiers« noch richtig ist bzw. was wir verändern oder neu entwickeln müssen. Das haben wir allein in Bezug auf die Angriffsrichtung getan: Es wurde damals immer deutlicher, daß Westeuropa mit der BRD an der Spitze zur Weltmacht aufsteigen wird.

Aus Nicaragua und El Salvador kam beispielsweise einiges Neues aus ihren Erfahrungen über die mögliche Funktion des bewaffneten Kampfes in die Diskussion. Die Sandinisten hatten festgestellt, daß die Wirklichkeit eine andere war, als sie das vorher immer gedacht hatten. Ihr Befreiungskampf ist

nicht so verlaufen, wie es in ihrer Theorie aus-
gesehen hatte: Nicht das Volk hatte die Gue-
rilla unterstützt, sondern die bewaffneten
Kräfte das Volk. Gerade in der letzten Phase
kamen die Orientierungen zunehmend aus
den Kämpfen des Volkes. Aus El Salvador
kam die Erfahrung der Doppelmacht in die
Diskussion: Die FMLN hatte als einen wichti-
gen Bestandteil des Kampfes erkannt, daß in
den verschiedensten Bereichen auch die Orga-
nisation des Alltags damals schon schrittweise
von unten in die Hand genommen werden
mußte.

Wir haben diese Erfahrungen zwar
aufgenommen, aber nicht daran überlegt, was
das für hier bedeuten könnte, sondern es da-
bei belassen, daß in diesen Ländern die Situa-
tion eine vollkommen andere ist. Diese Ent-
wicklungen – wie dann auch 87 die Intifada
in Palästina – waren der Beginn eines neuen
Prozesses, in dem in vielen Ländern auf der
ganzen Welt zu den bewaffneten Befreiungs-
kämpfen eine Organisation von unten dazu-
gekommen ist. »Das Problem lautet, ob die
Guerrilla in der Lage sein wird, eine reale
Machialternative zu formen, ob sie sich in eine
Option für die Volksbewegung verwandeln
wird; nicht als ein Fremdkörper, dem die
Volksbewegung zu folgen hat, sondern als ein
Projekt, wo die Basis, das Rückgrat, das ei-
gentliche Zentrum der Macht ist.« (ein Zitat
von GenossInnen von der UCELN, Kolum-
bien)

Diese Neubestimmungen waren
auch eine Konsequenz aus dem sich verän-
dernden internationalen Kräfteverhältnis,
wodurch absehbar wurde, daß die Befreiung
nur in einem viel länger andauernden Kampf
erreicht werden kann. Das haben wir damals
nicht klar genug realisiert und nur auf die Es-
kalation gegen das imperialistische Rollback
gesetzt.

Eine Folge, die unsere gesamte da-
malige Ranghehensweise hatte, war für uns die
Austrocknung der politischen Auseinander-
setzung mit vielen GenossInnen. Viele, mit de-
nen wir damals zu tun hatten, haben sich aus
der Hierarchie, die aus diesen politischen Vor-
stellungen logisch war, uns gegenüber nie kri-
tisch verhalten oder ihre Widersprüche, Vor-
stellungen und Gedanken nicht durchgesetzt.
Für viele waren wir die Autorität, deren Be-
stimmung sie hinterherkommen müssen, so
daß sie keine eigenen Gedanken mehr ent-
wickelt haben. Wir selbst waren nicht offen

Entwicklung auf unserer Seite. So war für uns
die Chance verbaut, aus einem lebendigen
Prozeß und Austausch mit anderen für unsere
weitere Bestimmung zu lernen.

Bei allem, was wir heute zu Selbstkri-
tik sagen, darf niemand den äußeren Rahmen
vergessen, in dem wir diese Fehler gemacht
haben. Die weltweiten Counter-Kriege, die
Contras in Nicaragua, Angola, Moçambique;
die Hochrüstung der Nato; die militärischen
Schläge gegen Lybien, Grenada; die sich ra-
sant verschärfende Verelendung im Trikont
– das war die Realität, aus der raus wir ge-
handelt haben. Im Innern war es die maßlos
hochgepuschte Repression des Staates, die je-
den Gedanken an eine starke handlungsfähige
revolutionäre Entwicklung im Innern auslö-
schen sollte – sie haben damals die Hürde, al-
so die Angst davor, mit uns zu diskutieren und
gemeinsam etwas zu entwickeln, für die Leute
total hochgeschraubt. 85/86 – das war auch
ein Höhepunkt der völlig aufgepuschten Kill-
Fahndung gegen einzelne von uns, eine Zeit,
in der die Fernsehahndung Alltag war. Die
Repression nach der Offensive 86 war ihre
Antwort auf die Anfänge einer gemeinsam
handelnden Front, die aus ihrer engen Bestim-
mung heraus dann nicht mehr in der Lage war,
den Prozeß für unsere Seite weiterzuent-
wickeln.

Wir sind damals in diese Falle gegan-
gen: uns den politischen Prozeß aus den Hän-
den gleiten zu lassen. Wir haben uns die Frage
nach Verankerung nicht gestellt. Unsere Re-
aktion war der Versuch einer weiteren Zuspit-
zung der Auseinandersetzung von unserer Sei-
te aus. Daraus haben wir die falschen Impulse
in die Diskussion im revolutionären Wider-
stand gebracht. Nach der Offensive 86 haben
wir darauf orientiert, daß die einzig angemes-
sene Antwort auf die Repression die Organi-
sierung der Illegalität sein kann. Die Frage,
wie dem Staat eine politische Grenze gesetzt
werden kann, stand in unseren Auseinander-
setzungen nicht im Zentrum. So haben wir zu
dem Prozeß beigetragen, in dem sich immer
mehr GenossInnen defensiv aus den offenen
Zusammenhängen und Auseinandersetzun-
gen herausgezogen haben, auch wenn sie da-
bei keine Perspektive für sich gesehen haben
und sich die Illegalität gar nicht vorstellen
konnten. In manchen Städten ging das so
weit, daß nicht einmal mehr die Forderung
nach Zusammenlegung der politischen Gefan-
genen offen vertreten wurde. Es wurde
lange Zeit nicht mehr darum gekämpft, den
Raum für die offene Auseinandersetzung
durchzusetzen. Es gab dann in dieser Zeit aus
unseren politischen Zusammenhängen allen-
falls illegale Flugblätter oder Zeitungen, die
dann natürlich wiederum nur Eingeweihte er-
reichen konnten.

Das alles war der Hintergrund, auf
dem der Staatsschutz die Chance gesehen hat,
die Schraube noch enger zu drehen und es z.B.
zu Urteilen mit mehrjährigen Knaststrafen ge-
gen GenossInnen gekommen ist, die eine Ver-
anstaltung zur Zusammenlegung der Gefan-
genen gemacht hatten.

Neben dieser Entwicklung bei uns
und denen, die im politischen Zusammenhang
mit uns waren, gab es auch in anderen Kämp-
fen Zuspitzungen, wie z. B. an der Startbahn
West in Frankfurt, die dann mit den Schüssen
auf die Bullen im November 87 ihren Höhe-
punkt hatten. Gleichzeitig gab es mit dem
Kampf für die Durchsetzung der Hafenstraße

eine völlig neue Erfahrung. Es war ein anderer
Prozeß als unserer.

Es war eine Erfahrung, die uns im-
mer mehr ins Bewußtsein gedrungen ist. Es
hat bei uns viele Diskussionen ausgelöst und
uns ins Nachdenken gebracht, wie die Leute es
dort geschafft hatten, einen entschlossenen
Kampf für ihr Ziel, ihre Lebensperspektive zu
führen und mit der gleichen Entschlossenheit,
mit der sie dem Staatsapparat gegenüberstan-
den, auch um die Verbindung mit Tausenden
unterschiedlichen Menschen in der Stadt und
darüber hinaus gekämpft haben. Es war nicht
diese alte Art von Bündnispolitik, in der alles
nach dem Prinzip funktioniert, welche Posi-
tion kann sich durchsetzen, sondern im Zen-
trum der Diskussionen über das gemeinsame
Vorgehen stand, sich gegenseitig zu vermitteln
und zu verstehen, ausgehend von den un-
terschiedlichen Geschichten und Vorstellungen
der Leute. Sie haben diesen Prozeß bis zu ihrer
Durchsetzung mit großer Offenheit anderen
gegenüber gemacht. Mit dieser Stärke haben
sie sich gegen die Politik der »harten Hal-
tung« des Staates durchgesetzt. Das war nach
77, wo der Staat mit der Ermordung von Gu-
drun, Andreas und Jan eine absolute Grenze
dagegen, daß Widerstand hier durchkom-
men kann, setzen wollte, das erste Mal, daß es wie-
der die Erfahrung gab, daß ein Kampf sich ge-
gen den Staat durchsetzen konnte.

Es wurde am Hafen auch für andere
Menschen wieder erfahrbar, daß es möglich
ist, ein anderes Leben zu entwickeln. Ein Le-
ben, das sich nicht den Prinzipien des kapitali-
stischen Alltags unterwirft. Weil die Leute
dort in ihren Zielen identifizierbar waren, hat
ihr Kampf eine große Anziehungskraft für
sehr viele Menschen entwickeln können. Aus
der Hafenstraße sind damals auch viele inter-
nationalistische Initiativen gekommen, die
weit über sie selbst raus Diskussionen ausge-
löst haben, wie z. B. die Palästina-Parole an
der Hauswand oder die Unterstützung der von
Abschiebung bedrohten Roma in den Häu-
sern. Diese Initiativen zeigen, wie eng interna-
tionale Solidarität mit dem eigenen Aufbruch
von Menschen hier verknüpft ist und von da
aus Stärke entwickeln kann. (Wir sagen das
hier auch gegen Aussagen wie die von Geor-
Fülberth in der August-»Konkret«, der b.
hauptet, daß Kämpfe aus den Lebensbedin-
gungen und für soziale Veränderungen hier
keine Verbindung zur globalen Situation hät-
ten und von den Herrschenden oftmals er-
wünscht seien.)

Tatsache war damals jedenfalls, daß
durch den Kampf der Hafenstraße die defen-
sive Haltung nach den Schlägen des Staats-
schutzes gegen den Front-Prozeß und andere
revolutionäre Zusammenhänge wieder aufge-
brochen ist. Es war ein starker Impuls, der von
dort in unsere Diskussion reingekommen ist.
Das ist auch einer der Gründe, weshalb wir
uns in den letzten Jahren mehrmals auf die
Hafenstraße bezogen haben.

Natürlich haben wir mitbekommen,
daß heute viele dort ratlos sind – wie viele an-
dere auch. Aber wir finden wichtig in den Dis-
kussionen darum, wie die nächsten Phasen
des Kampfes aussehen sollen, auch das, was
an ihren Erfahrungen wichtig war, festzuhal-
ten. Und ihr in der Hafenstraße, was ist ei-
gentlich los bei euch? Wir haben gehört, daß
ihr euch kaum noch in Auseinandersetzungen
einbringt. Wir können uns schwer vorstellen,
daß ihr aus euren Erfahrungen nichts ziehen

■ **»89/90 war für uns
die Zeit, in der wir anfangen,
die letzten Jahre
unserer Geschichte
zu hinterfragen
und alle Ranghehensweisen
daraufhin zu überprüfen,
ob wir sie noch richtig
finden«** ■

für Kritik, und wir hatten keine positive Vor-
stellung von der Vielfalt der Gedanken für die

könnt gegen die Resignation und Ohnmacht, die sich überall breitgemacht hat. Wieso könnt ihr da scheinbar an nichts anknüpfen und euch auf den Weg und die Suche machen?

Der »Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße« hat mit seinem Aufruf zur Zusammenlegung unserer gefangenen GenossInnen einen großen Schritt dazu getan, daß die

■ **»Mit dem Angriff auf Neusel haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen«** ■

Kriminalisierung der Forderung zurückgedrängt worden ist und es wieder Raum für die Diskussion darüber gab. Der Aufruf hat die große Mobilisierung zum Hungerstreik 89 ermöglicht. Es war wichtig, daß es Menschen gab, die in ihren Gedanken nicht die Reaktion des Staatsschutzes vorweggenommen haben, sondern von sich, ihrer Erfahrung und ihren Zielen ausgegangen sind.

Ein weiterer Impuls, der für unsere Diskussion hier wichtig war, kam von unseren gefangenen GenossInnen. Sie haben in und um den Streik 89, in ihrer Hungerstreikerklärung, aber auch in Briefen aus dieser Zeit, sehr deutlich gemacht, daß es ihnen darum geht, eine Diskussion über neue Orientierungen für den revolutionären Kampf anzufangen. Sie wollten neue Verbindungen herstellen und die Diskussionen mit all den Menschen suchen, die aus den Widerstandsprozessen der Jahre davor gekommen waren oder raupt in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen für Veränderungen kämpften. Die Gefangenen haben eine große Offenheit vermittelt, auch über vergangene Fehler zu diskutieren. Damit haben sie ein altes Verhältnis aufgebrochen, in dem wir lange gefangen waren, nämlich Kritik an uns schnell als gegen uns gerichtet zu begreifen und deshalb abzulehnen. Dieses alte Verhältnis war auch aus der jahrelangen Erfahrung entstanden, mit einem auf allen Ebenen agierenden Counter-Apparat konfrontiert zu sein, der es geschafft hat, die Hetze und psychologische Kriegsführung gegen uns und andere revolutionäre Zusammenhänge bis in sogenannte linke Medien wie z. B. die »taz« hineinzupflanzen.

Bei uns hat sich daraus über lange Zeit ein völlig verengter Blick auf Kritik festgefressen. Ein Blick, von dem aus wir gar nicht darauf gesehen haben, von wem Kritik kommt und wofür, und was daran richtig sein könnte. Dadurch, daß die Gefangenen mit einem viel weiteren Blick und einem Bezug auf neue Entwicklungen im Widerstand und in der Gesellschaft insgesamt ihren Kampf bestimmt haben, haben sie auch uns darin bestärkt, auf die Suche zu gehen und etwas zu

entwickeln.

Für uns war die Situation 89 so, daß viele Fragen auf dem Tisch lagen. Wir waren mit der Frontentwicklung an eine Grenze gekommen. Gleichzeitig hatten sich um uns herum neue Kampfprozesse entwickelt, und außerdem hatte sich ja auch die gesamte internationale Situation völlig verändert. Anfangs waren unsere Gedanken in Bezug auf neue Entwicklungen und Bestimmungen noch eher zaghaft. Es war damals der Anfang eines Prozesses, in dem wir uns immer mehr von alten Vorstellungen getrennt – oder wir können auch sagen: befreit – haben. Das bezieht sich z. B. auf die Vorstellung, die sich in den Jahren vorher immer stärker durch unsere Diskussionen gezogen hatte, nämlich daß sich die Stärke einer revolutionären Bewegung in erster Linie an der Eskalationsfähigkeit ihrer Angriffe gegen das imperialistische System zeigt.

89/90 war für uns die Zeit, in der wir anfangen, die letzten Jahre unserer Geschichte zu hinterfragen und alte Ranghensweisen und Begriffe aus den Diskussionen des Frontprozesses daraufhin zu überprüfen, ob wir sie noch richtig finden. Während wir vorher davon ausgegangen waren, daß Guerillapolitik die gesamten Widersprüche zusammenfassen und zum Angriff bringen muß, setzten wir uns damals damit auseinander, wie wir direkter mit der Verschärfung der Lebensbedingungen umgehen, wie wir unsere Kraft dafür einsetzen können, daß Veränderungen in den Kämpfen schon heute durchgesetzt werden können, denn weder die Menschen im Trikont noch die hier können darauf bis zur Weltrevolution warten.

Im Mai-Papier 82 hatten die GenossInnen gesagt: »... unsere Strategie ist einfach die Strategie gegen ihre Strategie...« Unsere Umsetzung davon waren Aktionen, die gegen die imperialistischen Pläne und ihre Vernichtungsqualität gegen die Menschen bestimmt waren und orientiert haben.

89/90 haben wir nach und nach eine andere Vorstellung davon, was die Strategie der Guerilla sein muß, entwickelt. In der Erklärung zur Aktion gegen Herrhausen im November 89 hatten wir gesagt: »Wir alle, die gesamte revolutionäre Bewegung in Westeuropa, stehen vor einem neuen Abschnitt. Die völlig veränderte internationale Situation und die ganzen neuen Entwicklungen hier erfordern, daß der gesamte revolutionäre Prozeß neu bestimmt und auf neuer Grundlage weiterentwickelt werden muß ... Neuer Abschnitt, das heißt für hier vor allem auch die Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung.«

Neuzusammensetzung der revolutionären Bewegung hieß für uns, neue Verbindungen zu den verschiedensten Menschen zu suchen, die an den tausend unterschiedlichen Bereichen und Forderungen für Veränderungen kämpfen. Es ging uns dabei um einen Prozeß, in dem sich die Guerilla eine Funktion für die gesellschaftliche Veränderung von unten aneignet. Wir haben es mal auf den Begriff »Guerilla als Waffe der sozialen Bewegung« gebracht.

Dieser Gedanke ist nach wie vor richtig, denn ohne gesellschaftlichen Sinn hat der bewaffnete Kampf keine Entwicklungsmöglichkeit mehr. Das war für uns keine taktische Frage, sondern die Gewißheit, daß revolutio-

näre Politik überhaupt nur auf einer neu geschaffenen Grundlage weiterentwickelt werden kann.

Spätestens ab 88 wurde die bis dahin entwickelte Politik von einem immer kleiner werdenden Kreis von entschlossenen GenossInnen getragen und hat keinen weiteren Politisierungs- und Organisationsprozeß mehr in Gang gesetzt. Wir konnten den Herrschenden zwar immer wieder Schläge versetzen, aber so kamen wir unseren Zielen nicht näher. Es ging uns darum, aus dieser Stagnation herauszubrechen. 89 war klar: Wir müssen das Neue suchen. Damals war es deutlich, welche Kraft Kämpfe dann entwickeln können, wenn es um konkrete und greifbare Ziele geht, in denen sich viele Menschen wiedererkennen können. Das waren in verschiedenen Städten die Kämpfe um selbstbestimmte Räume (nicht nur als Gebäude gemeint), und es war der Kampf der Gefangenen für ihr Leben gegen die Vernichtung.

Wir haben schon damals gesagt, daß es nicht die Schwäche der Mobilisierung im Hungerstreik 89 war, daß die Zusammenlegung nicht durchgesetzt werden konnte. Die rasanten Umbrüche 89, mit dem Zusammenbruch der DDR und dem bevorstehenden Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems, hatten die Macht des BRD-Staates auf eine neue Stufe gebracht. Vor diesem Hintergrund haben sich die Herrschenden entschieden, auf die harte Haltung zu setzen. Gerade der deutsche Staat und das deutsche Kapital witterten uneingeschränkte Macht. Gegen diesen Machttausch konnte sich die stärkste Mobilisierung, die es je im gemeinsamen Kampf mit unseren gefangenen GenossInnen gegeben hatte, nicht durchsetzen.

Hätten die Gefangenen den Streik 89 nicht abgebrochen, als der Staat auf die harte Haltung und tote Gefangene gesetzt hatte, dann wäre es hier draußen zu einer weiteren Eskalation gekommen. Das war damals die Stimmung bei vielen GenossInnen, und auch wir hätten das beantwortet. Aber die Gefangenen haben es damals anders bestimmt: weg von der Eskalation, weil sie sinnlos gewesen wäre. Sie haben trotzdem an ihrem Ziel festgehalten, aber auch darauf beharrt, daß es um ihr Leben geht und das im Zentrum steht. Mit dem Abbruch des Streiks haben sie großes Vertrauen den Menschen gegenüber vermittelt, die Teil in der Mobilisierung gewesen sind und darein, daß viele dieses Ziel, daß die Gefangenen Teil in den Diskussionen draußen werden können, aber auch für das Leben der Gefangenen und gegen die Vernichtung zu kämpfen, nicht mehr loslassen werden. Als die eigentliche Schwäche sehen wir es an, daß viele in der Resignation vor der Macht den Kampf um die Forderung losgelassen haben.

■ **»Uns ist in den letzten Wochen immer klarer geworden, daß wir viel konkreter über alles reden müssen, was wir in den letzten Jahren überlegt haben«** ■

»Wir können uns den Prozeß der Umwälzung der gesamten Verhältnisse nur vorstellen als einen Prozeß, in dem wir in der Durchsetzung konkreter Forderungen und Ziele Gegenmacht aufbauen. Eine Gegenmacht, die zusammen mit den Kämpfen der Völker im Trikont die notwendigen Veränderungen gegen das imperialistische System durchsetzen kann und in einem langandauernden Kampf die Befreiung der Menschen erkämpft.« (Aus der Rohwedder-Erklärung)

Worum es uns ging, war, nicht eine Angriffslinie festzulegen, die sich aus ihrer strategischen Bedeutung für die Herrschenden ergibt, und auf dieser Linie dann zu intervenieren. Unsere Orientierung war es, diesen Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten mit anderen zusammen zu entwickeln.

Wir sind natürlich nach 89 und nach dem Hungerstreik davon ausgegangen, daß die geballte Macht des BRD-Staates damit fortfahren wird, mit allen Mitteln jede eigenständige Entwicklung von unten austreten zu wollen. Deshalb haben wir es als die Aufgabe der Guerilla gesehen, unser Gewicht dort in die Waagschale zu werfen, wo es um die Durchsetzung von menschlich sinnvollen Entwicklungen geht, die den Herrschenden immer abgerungen werden müssen. Eine Wirkung, auf die wir mit unseren Angriffen ab 89 aus waren, war, dieses uneingeschränkte Machtbewußtsein der Herrschenden und das Ohnmachtbewußtsein vieler auf unserer Seite zu durchbrechen und so politischen Raum für die Kämpfe aufzumachen.

Ein in unseren Diskussionen weiterentwickelter Gedanke in diese Richtung war unsere Drohung nach der Räumung der Mainzer Straße in Berlin. Nach dieser Räumung haben wir überlegt, daß es richtig wäre, auf so eine Räumung direkt zu antworten. Das hätte zwar den Leuten dort nichts mehr genutzt, aber eine Aktion von uns als Antwort hätte Konsequenzen für andere Kämpfe gehabt. Daß wir genau mit einer solchen Antwort bei der Rohwedder-Erklärung gedroht haben, hatte die Funktion, daß der Staat uns bei seiner Kosten/Nutzen-Abwägung für z.B. die Räumung der Hafenstraße (denn die stand damals auch mal wieder auf der Tagesordnung) mit auf die Rechnung setzen sollte. »Uns auf die Rechnung setzen« hieß, daß der Staat wissen sollte, daß er mit dieser Räumung den Prozeß vom Zusammenwirken und Zusammenkommen von Kämpfen für selbstbestimmte Lebensräume und der Guerilla direkt in Gang setzen würde. Darin steckt für sie wie für uns große politische Brisanz, und es war klar, daß das bei ihrer Entscheidung Gewicht hat. Ob und welche Dynamik das auslösen würde, ob wir zusammen daran was weiterentwickeln oder nicht, das kann weder der Staat noch wir vorhersagen, aber die Gefahr oder die Möglichkeit (je nach Sichtweise) besteht. Wir hatten uns natürlich mit dieser Drohung erhofft, daß daran die Diskussion mit vielen Leuten losgehen würde – aber da hatten wir uns wieder mal getäuscht.

Wir haben uns den Prozeß vom Aufbau einer Gegenmacht von unten nicht als kurzfristigen vorgestellt und wollten eine Diskussion anfangen, die viel mehr Menschen umfassen sollte als die, mit denen wir bisher zu tun hatten. Es sollte eine neue Diskussionsstruktur entstehen, die in verschiedensten politischen Zusammenhängen ihre Basis hat.

Wir wollten alle Verbindungen, die wir aus der alten Phase noch zu GenossInnen hatten, auf eine neue Grundlage stellen, und uns ging es darum, dieses alles abtötende Verhältnis von Hierarchie und alten Starrheiten abzuschaffen.

Die neuen Verbindungen sollten so sein, daß die, mit denen wir zu tun haben, ihre eigenen Initiativen entwickeln und das der Ausgangspunkt für gemeinsame Diskussion und Praxis wird. Für uns selbst war vieles Neuland, was wir uns da vorgenommen hatten und herausfinden wollten. Es war die ganzen Jahre hindurch ein ständiger Diskussionsprozeß unter uns, in dem wir immer wieder auf Neues gekommen sind, das zum Teil wieder umgeworfen werden mußte, um es weiterzuentwickeln. Das alles bezog sich auf die Einschätzung unserer Praxis in der Zeit vorher, auf die Situation hier und international, und darauf, welche Funktion die Guerilla im Umwälzungsprozeß haben kann.

Wir wollen jetzt deutlich machen, warum wir sagen, daß wir heute an eine Grenze gestoßen sind. Dazu sagen wir noch mal was zu unseren letzten Aktionen, wobei uns bewußt ist, daß es nicht das Problem war, daß wir mit ihnen emotional von vielen Menschen entfernt gewesen wären. Typen wie Herrhausen und Rohwedder sind von vielen Menschen als Verantwortliche für das Elend hier und Millionen Tote weltweit identifiziert. Viele haben sich über diese Aktionen gefreut.

Wir sind 89 davon ausgegangen, daß sich Großdeutschland zur Weltmacht aufschwingen wird. Und natürlich davon, daß die Umbrüche im internationalen Kräfteverhältnis die Ausgangsbedingungen für die revolutionären Bewegungen weltweit verändern und verschärfen. Vor diesem Hintergrund war es für uns um so dringender, hier zu einer neuen Einheit der Kämpfe zu kommen, um zusammen neue Orientierungen herauszufinden.

Aber das war nur die eine Seite. Gleichzeitig sind wir von neuen Entwicklungen im Widerstand ausgegangen, die wir positiv fanden. Auch wenn wir mit dem Frontprozeß an eine Grenze gestoßen waren, hatte es neue Erfahrungen und große Mobilisierungen gegeben. Um nur mal einige zu nennen: 86 Wackersdorf, 87 die Durchsetzung der Hafenstraße und 88 die von vielen Menschen getragene Mobilisierung gegen die Politik des IWF und 89 zum Hungerstreik. Aus unseren Erfahrungen und aus diesen Kämpfen gab es reichlich Stoff, Neues zu entwickeln.

Wir sind davon ausgegangen, daß es möglich wäre, daß wir – also alle, die auf eine revolutionäre Entwicklung aus sind – uns die wichtigen Anstöße, die aus diesen Kämpfen gekommen sind, aneignen und so die gemachten Erfahrungen weiterentwickeln können. In der Diskussion um die IWF-Tagung 88 in Berlin ging es schon darum, über die Parole »IWF zerschlagen!« hinauszukommen. Hin zu einem Kampf um konkrete Forderungen wie Schuldenstreichung oder die gerechte Verteilung der Ressourcen, die gegen das Machtgefüge des internationalen Kapitals durchgesetzt werden müssen, um den ausgepreßten Völkern Luft für die eigene Entwicklung zu schaffen. Das sind nur Beispiele und eine Richtung, woran eine Diskussion hätte weiter-

gehen können, um Ziele bestimmen zu können.

An den Erfahrungen aus dem Kampf um die Hafenstraße und aus dem Hungerstreik fanden wir zentral, daß es im »Zusammen Kämpfen« um ein ganz anderes Rangesgehen gehen muß und kann, als es vorher lange gelaufen ist. Nämlich wegzukommen davon, in erster Linie darauf zu gucken, wer benutzt die gleichen Begriffe. Wer redet auch von Revolution und Umwälzung. Wer ist für und wer ist gegen revolutionäre Politik. Und dahin zu kommen, zu sehen, wo wir uns in konkreten Zielen mit Menschen verständigen können und dabei von der Vielfalt der Erfahrungen und der Unterschiedlichkeit der Menschen auszugehen.

Diese Kämpfe haben uns gezeigt, daß Begriffe wie »revolutionär«, »reformistisch«, »Teilbereichsbewegungen« usw. überprüft werden müssen, die alle für eine bestimmte Einordnung von Initiativen und Gedanken standen, das Verhältnis untereinander bestimmten und Trennungen produzierten. Unterschiedlichkeit und Vielfalt können zu einer Stärke einer Bewegung werden, wenn niemand versucht, sie zu unterdrücken oder glattzuschleifen. In einem Prozeß, in dem aus von unterschiedlichen Erfahrungen ausgehen, sich aber alle für ein Ziel zusammenfinden, kann ein Reichtum an verschiedenen Initiativen und ein lebendiger Austausch entstehen – voneinander lernen. Wir denken, daß es ein wichtiges Kriterium für einen neuen Aufbruch hier sein wird, sich diese Erfahrungen anzueignen und in neuen Kämpfen umzusetzen.

Trotz der weltweit verschärften Ausgangsbedingungen, und obwohl wir vor einem Berg dessen standen, was wir aus der Vergangenheit an uns selbst verändern bzw. für uns neu herausfinden wollten, sind wir reichlich zuversichtlich in die kommende Phase eingegangen. Wir haben sie als eine Übergangsphase gesehen, aus der sich eine revolutionäre Bewegung bzw. wie wir später gesagt haben, eine Gegenmacht von unten entwickeln würde.

Für uns haben wir als entscheidend angesehen, in der Zukunft vollkommen klar rüberzubringen, daß wir auf einen gemeinsamen Kampf und eine Diskussion aus sind, in denen alle unterschiedlichen und verschiedensten Initiativen ihre Wichtigkeit haben. Wir wollten, daß wir als Guerilla darin von Anfang an als ein Teil begriffen werden, unsere Praxis als eine Möglichkeit, die zur Entwicklung einer Gegenmacht beiträgt und darin ihren Sinn hat. Wir wollten von Anfang an nicht mehr diese Diskussion, was nun wichtiger sei, bewaffneter Kampf oder politische Organisation, und wir wollten, daß sich eine gemeinsame Organisation aus dem Bewußtsein darüber entwickelt, daß wir uns gegenseitig brauchen; eine Organisation von gemeinsamer Diskussion und Kämpfen – von uns in der Illegalität organisierten bis hin zu Kämpfen in den Stadtteilen – und eine Entwicklung dahin, mehr und mehr zu einer gemeinsamen Bestimmung von Schritten zu kommen.

Wir haben die Resignation und die Ohnmachtsgefühle, die 89 große Teile derer erfaßt hatten, die an den Kampfprozessen vorher beteiligt waren, und die zu einem rasanten Zerfallsprozeß von Widerstandsstrukturen bzw. zu einer großen Ratlosigkeit bei vielen geführt haben, vollkommen unter-

schätzt. Natürlich hatten wir gesehen, daß viele von der geballten Macht, die ja absolut real war, aber auch von dem Getrommel über den »Endsieg des kapitalistischen Systems« niedergedrückt waren. Deshalb war für uns die ganze Zeit hindurch ein Aspekt und eine Hoffnung, wir könnten mit unseren Angriffen die sich ausbreitende Ohnmacht durchbrechen. Wir wollten damit auch sagen: Es geht, ihre Macht ist angreifbar; und daß es an uns liegt, sie zurückzukämpfen und dahin zu kommen, unsere eigenen Vorstellungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Schon beim Angriff auf Neusel sind wir darauf gestoßen, daß unsere Initiativen allein diese Ohnmacht nicht durchbrechen können: Wir hatten es damals als eine sehr unmittelbare Sache begriffen, die harte Haltung und das weitere Zurückdrehen der Entwicklung zurückzuschlagen, die von den Staatsapparaten auf westeuropäischer Ebene durchgesetzt werden sollte. Es war für uns eine bewußte Entscheidung und ein neuer Schritt, in einen Kampf einzugreifen, in dem es um die Durchsetzung einer konkreten Forderung ging (wir haben mit dem Angriff auf Neusel die Gefangenen aus Grapo/PCE/R in Spanien in ihrem Hungerstreik für ihre Wiederzusammenlegung unterstützt).

Wir sagen: ein neuer Schritt – denn in den Jahren nach 77 ging es in unseren Aktionen nie um die Durchsetzung von konkreten Forderungen, sondern sie sollten sowohl

■ **»Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates durchzusetzen«** ■

eine politische Grenze gegen die imperialistische Politik setzen, als auch auf Organisation entlang der jeweiligen strategischen Linien orientieren. Wir hatten bei diesem Angriff natürlich nicht die Illusion, daß er alle Fragen, die auf dem Tisch lagen, beantworten könnte. Allerdings hatten wir die Einschätzung, daß wir in der zugespitzten Situation, nach dem Mord an Jose Sevilliano, noch mal Raum für neue Initiativen aufmachen könnten, nachdem alles, was hier im Land dazu gelaufen war, völlig unterdrückt worden ist.

Mit dem Angriff auf Neusel als einem Verantwortlichen für die Widerstandskämpfung haben wir auf den Apparat gezielt, von dem die Richtlinien zur Zerschlagung von Widerstandsentwicklungen und revolutionären Bewegungen in Westeuropa ausgehen. Ihr Ziel war, im Zuge des Zusammenbruchs des sozialistischen Staatensystems nun auch in Westeuropa mit jeglichem Widerstand Schluß zu machen. Wir hatten deshalb in der Erklärung gesagt, der Kampf der spanischen Ge-

fangenen für ihre Wiederausammenlegung ist ein Brennpunkt in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung. Tatsache war dann, daß daran nicht viel angegriffen wurde, und das vorherrschende Gefühl von vielen war: Wenn wir hier im Hungerstreik 89 nicht durchgekommen sind, wie sollen wir von hier aus mit den spanischen GenossInnen zum Durchbruch kommen.

Andere wiederum wollten uns erklären, warum der Kampf um die Wiederausammenlegung nicht ihr Hauptpunkt gewesen ist. Nur hatten wir gar nicht die Vorstellung, daß jetzt alle ihre kontinuierlichen Auseinandersetzungen und Kämpfe, wo sie jeweils dran waren, lassen sollten, um sich auf den Kampf der spanischen Gefangenen zu konzentrieren. Mit Brennpunkt hatten wir gemeint, daß es eine Bedeutung für alle hat – egal wo sie dran sind –, ob wir die Macht an diesem Punkt zurückdrängen können oder nicht. Deshalb wäre es darum gegangen, sich diesen Zusammenhang bewußt zu machen und daraus Initiativen zu entwickeln – aus der eigenen Praxis und speziellen Situation heraus.

Aus dieser Erfahrung haben wir den Schluß gezogen, daß der Prozeß, wie wir im Kampf für die Durchsetzung konkreter Ziele direkt mit anderen zusammenkommen können, eine viel genauere gemeinsame Einschätzung der Situation und überhaupt einen verbindlichen Zusammenhang mit mehr GenossInnen voraussetzt. Die, mit denen wir damals diskutiert hatten, waren alle selbst bei ihren Versuchen, eine gemeinsame Diskussion und Organisation in ihrer Region und darüber hinaus zu führen, auf die Grenze gestoßen, daß immer mehr Leute sich einfach in die Ohnmacht reinfallen ließen und kaum etwas anfangen. Also haben wir diesen Prozeß mehr und mehr als langwierige Entwicklung gesehen. Trotzdem wollten wir auch weiterhin praktisch der großdeutschen Walze was entgegensetzen. Auch wenn wir uns dabei relativ allein gesehen haben und auf einen anderen Prozeß aus waren, hatten wir Vertrauen dahingehend, daß die verschiedensten Leute aus ihrer Depression bald wieder erwachen würden. Natürlich gab es an verschiedensten Ecken Initiativen. Aber eben vieles nebeneinander her und vieles, ohne nach einer Perspektive zu suchen; sondern aus der Lebenshaltung: daß Mann/Frau was machen muß.

Es ist dann 90 immer schärfer zu der reaktionären nationalistischen und rassistischen Mobilisierung gekommen, die mittlerweile schon zu vielen Toten und auf der Straße erschlagenen Flüchtlingen geführt hat. 90, das war das Jahr der großdeutschen Jubelfeiern (auch wenn wir absolut nichts gegen Fußball haben, hat da der Sieg der deutschen Nationalmannschaft bei der Weltmeisterschaft wie die Faust aufs Auge gepaßt und ist dazu funktionalisiert worden, hier im Bildzeitungsstil »Deutschland einig Siegvolk« zu feiern).

Am 3. Oktober dann diese Einheitsfeier und ein neuer Feiertag. In der Erklärung zum Anschlag auf Rohwedder, Treuhandchef, haben wir gesagt: »Wir begreifen unsere Aktion gegen einen der Architekten Großdeutschlands auch als Aktion, die diese reaktionäre Entwicklung an einer Wurzel trifft. Es ist klar und gerade an der Geschichte bis zum 3. Reich deutlich, daß Verarmung, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit nicht von allein zu einer Mobilisierung für menschliche

Ziele und gegen die Herrschenden führen.«

Wir hatten die Aktion bewußt gegen einen Verantwortlichen bestimmt, der nicht nur für die Entwicklung Großdeutschlands auf der politischen Ebene stand, sondern der direkt verantwortlich war für die Zurichtung der gesamten Lebensbedingungen auf kapitalistische Kriterien, für die Zerstörung der Lebens- und Existenzstrukturen der Menschen in der Ex-DDR. Wir hatten nie so ein Verhältnis zu den Menschen dort, wie es viele linke Intellektuelle aus der BRD haben, die sagen, »die wollten doch den Kapitalismus, jetzt sind sie selbst schuld, was beschweren sie sich«. Obwohl uns das damals auch schwer getroffen hat, wie wahrscheinlich alle, die hier seit Jahren gegen dieses System kämpfen oder darunter leiden, wie viele hier plötzlich fähnchenschwingend und dieses System bejubelnd angekommen sind. Aber das ist nicht der Punkt. Die meisten wußten doch gar nicht, was hier wirklich auf sie zukommt. Daß viele dem Konsum hinterhergerannt sind, kann nun wirklich keinen Intellektuellen, der wahrscheinlich mit Computer und CD-Player usw. lebt, tatsächlich so sehr empören oder von den Leuten trennen.

Wir hatten das als eine Aufgabe der revolutionären Linken in Westdeutschland begriffen, dieser Walze, die gegen die Leute dort losgerollt ist, etwas entgegenzusetzen. Denn wir hier wußten, was das bedeutet, und sie dort hatten gerade erst angefangen, ihre Erfahrungen mit diesem System zu machen.

Die Auseinandersetzung mit der neuen Situation war für uns nicht nur, daß das sozialistische Staatensystem zusammengebrochen war, sondern die BRD war ein anderes Land geworden. Es waren 18 Mio. Menschen dazugekommen, mit einer Geschichte und Erfahrungen, die uns selbst fremd waren. Wir hatten zwar die Vorstellung, die Menschen dort mit unserer Aktion zu erreichen, aber wir haben sie von hier aus bestimmt und nicht aus einem entwickelten Verhältnis zu den Kämpfen oder ihren Forderungen dort. Damals liefen seit einiger Zeit wieder die Montags-Demonstrationen, was wir natürlich gut fanden.

Die Aktion gegen Rohwedder war unsere vorläufig letzte Aktion. Gerade an ihr ist uns deutlich geworden, daß wir den Prozeß, der hier notwendig ist, heute mit Aktionen nicht voranbringen können, auch wenn sie Verantwortliche für das weltweite, millionenfache Elend treffen. Gerade in der Ex-DDR haben sich viele Menschen über diese Aktion gefreut. Aber es reicht uns nicht aus, und es ist nicht die Perspektive revolutionärer Politik, wenn sonst daraus kaum was folgt.

Tatsächlich haben wir die, die sich in der Ex-DDR für eine andere Entwicklung organisiert haben als die vom BRD-Staat/Kapital aufgedrückte, mit einer Ebene von Kampf konfrontiert, die nicht aus ihrer Erfahrung entwickelt war. Für sie sind wir also in ihre Entwicklung wie von außen eingedrungen.

Auf verschiedene Zusammenhänge in Westdeutschland hatte die Aktion die Wirkung, ein altes Verhältnis aufrechtzuerhalten, das wir so ausdrücklich nicht mehr wollten: Wir haben nach der Aktion mitbekommen, daß sich danach verschiedene Leute überlegt haben, etwas gegen die Treuhand zu machen; z. B. wollten Leute eine Blockade vor einer Treuhandstelle machen mit der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen. Die-

se GenossInnen sind dabei gar nicht auf die Idee gekommen, eine Diskussion mit Leuten anzufangen, die von der Treuhandpolitik konkret betroffen sind und dagegen eigene Forderungen entwickelt haben. Sie waren nicht darauf aus, herauszufinden, was es an Gemeinsamkeiten gibt, um eine Grundlage zu finden, von der aus etwas Gemeinsames entwickelt werden kann. Aber genau das hätten wir richtig gefunden. Wir hatten die Entwicklung einer politischen Diskussion, einer Verständigung auch mit Leuten aus der Ex-DDR als ein Ziel, wozu die Aktion beitragen sollte.

An diesem Widerspruch ist uns deutlich geworden, daß sehr viel fehlt, auch in dem Verstehen zwischen uns und Leuten, die sich scheinbar auf uns beziehen, weil sie unsere Aktion mit einem alten Verständnis – in erster Linie das gemeinsame Angriffsziel – aufgreifen wollten. Sie hatten ganz andere Kriterien als die, die wir in den letzten Jahren entwickelt hatten. Das ist nur ein Beispiel, an dem uns später klargeworden ist, daß wir einen Schnitt brauchen, eben eine tiefgreifende Diskussion und Verständigung.

Zur Aktion gegen die US-Botschaft während des Golfkriegs: Einige haben kritisiert, diese Aktion sei von uns symbolisch bestimmt gewesen. Das stimmt so nicht. Es war eine Aktion, zu der wir uns sehr schnell entschieden haben. Wir wollten die Verbindung herstellen zu all denen, die auf der ganzen Welt gegen diesen Vernichtungskrieg gekämpft haben. Es war uns wichtig, auf die politische Verantwortung für diesen Völkermord zu zielen. Natürlich war uns klar, daß wir mit dieser Aktion auf keiner materiellen Ebene in diesen Krieg eingreifen. Mit dem Golfkrieg hat der Imperialismus nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems in Osteuropa auf blutigste Weise gezeigt, was die »One World« des Kapitals für die Völker heißt: die Entschlossenheit, jede Regierung und jedes Volk, das sich nicht den Regeln ihrer »neuen Weltordnung« unterwirft, militärisch niederzumachen.

Wir mußten uns aus unserer speziellen Situation entscheiden: Entweder nichts zu machen – was wir uns nicht vorstellen konnten – oder eine relativ schnell zu organisierende Aktion zu machen. Uns ging es darum, mit dieser Aktion das politische Kräfteverhältnis gegen den imperialistischen Krieg zu stärken. Natürlich war eine Aktion, wie auch die gesamte Mobilisierung, weit davon entfernt, diesen Völkermord zu stoppen. Aber jede/r kann sich klarmachen, daß Ruhe und Kinkel heute schon wesentlich weiter damit wären, die Bundeswehr zu Kriegseinsätzen in die ganze Welt zu schicken, wenn es diese Mobilisierung nicht gegeben hätte.

Auch wenn der deutsche Staat große Schritte dahin gemacht hat und die Entwicklung rast – es ist das Problem dieser Linken, vieler Intellektueller und vieler, die sich revolutionär nennen, daß kaum etwas aus so einer Mobilisierung bleibt, wenig fortgesetzt wird, nichts daran angeknüpft und neue Stärke daraus entwickelt wird. Statt dessen sind sich Linksintellektuelle nicht zu blöde, große Diskussionen darüber zu führen, ob es nicht verwerflich sei, wenn eine Bewegung gegen den Krieg auch dadurch entsteht, daß die Leute hier tatsächlich Angst davor haben, daß von

hier aus Kriege geführt werden und sie selbst direkt davon betroffen werden. Wir finden daran jedenfalls nichts verwerflich, und aus so einer Angst vor Krieg wird eher eigenes Handeln und eine tiefe Solidarität mit Völkern, gegen die Krieg geführt wird, entstehen als aus einem intellektuellen Blick, der vorher schon immer alles weiß, über jedes menschliche Gefühl erhaben ist und aus dem nichts folgt.

Für uns hat die breite Mobilisierung gegen den Golfkrieg etwas ganz anderes vermittelt. Wir waren selbst erstaunt und überrascht darüber, daß es nach zwei Jahren deutscher Jubelfeiern und Mobilisierung für Großdeutschland eine so breite Bewegung gegen diesen imperialistischen Krieg gab. Sie war auch das Signal an die Herrschenden, daß Hunderttausende hier nicht bereit sein werden, eine zukünftige militärische Interventionspolitik Großdeutschlands zu tragen. Wir finden wichtig, auch diesen Teil der Entwicklung nicht aus den Augen zu verlieren – es gibt auf der einen Seite die reaktionäre Entwicklung, das Stärkerwerden der Faschisten, aber es gibt auch diese andere Seite in der Gesellschaft.

Uns ist an den Reaktionen auf die Botschaftsaktion verschiedenes deutlich geworden. Es gab natürlich Reaktionen von Leuten, an denen wir gesehen haben, daß sie uns verstanden haben; das waren oft Leute, die selbst in dieser Zeit so viel wie möglich gegen diesen Krieg gemacht haben. Aber es gab auch solche: Wir hätten gegen die Rolle der BRD in diesem Krieg zielen müssen. Gegen die USA sei eine falsche Orientierung – also war es eine Counter-Aktion. Die Aktion sei nicht effektiv gewesen, und deshalb kann sie nicht von uns kommen – sondern sie kam vom Staatsschutz. Es sei unmöglich, daß die RAF sich auf Leute, die Blockaden gegen den Krieg gemacht haben, oder Kriegsdienstverweigerer bezieht, anstatt ausschließlich auf Revolutionäre und Antiimperialisten. Die Aktion sei eine Gefährdung der BlockiererInnen vor der US-Botschaft gewesen (obwohl wir in unserer Erklärung ausdrücklich darauf hingewiesen hatten, daß es Bestandteil der Aktion war, ihre Gefährdung auszuschließen).

Bei allem ist uns am meisten aufgefallen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Leute hinsetzen und Aktionen von uns begutachten, ohne wahrscheinlich je selbst einen Gedanken daran zu »verschenden«, das, was sie von uns fordern, selbst zu machen. Z.B. die, die aufgetrumpft sind, wir hätten die Rolle der BRD angreifen können – von ihren Initiativen in diese Richtung ist uns jedenfalls nichts zu Ohren gekommen.

Aber was wir sagen wollen betrifft nicht nur diejenigen, die selbst sowieso nichts machen und sich an Initiativen von anderen selbst darstellen und klugreden. Auch viele, die uns nah sind, waren enttäuscht über diese Aktion, weil sie sich gewünscht hatten, daß wir etwas Effektiveres machen würden. Es hat kaum einen Punkt gegeben, an dem uns deutlicher geworden ist, daß uns viele wie eine Institution begreifen. Wir denken, daß genau trifft, was Lutz Tauber im Brief in der »Konkret« vom August gemeint hat: Die RAF ist zur Projektionsfläche geworden. Mit der Aktion gegen die Botschaft hatten wir die Sehnsucht vieler, daß endlich jemand was Effektives macht, enttäuscht.

Als wir Ende 89 in die neue Phase gegangen sind, war der Ausgangspunkt, daß alle, die die Entscheidung treffen würden, bei uns zu kämpfen, auch bereit sein müßten, sich auf eine Situation, in der viele Fragen offen sind, einzulassen. Kontinuität der RAF konnte nicht mehr heißen, an den Orientierungen der vergangenen Jahre entlang die Politik zu entwickeln, sondern, entsprechend der veränderten weltweiten Situation, den Veränderungen in der Gesellschaft und den Grenzen unserer Politik der vergangenen Jahre, etwas Neues zu entwickeln. Auch wenn wir heute an eine Grenze gestoßen sind, haben wir in den drei Jahren, in denen wir einen parallelen Prozeß von Neubestimmung und Intervention versucht haben, für uns und die, mit denen wir zusammen waren, wichtige Erfahrungen gemacht, die für uns jetzt Grundlage sind.

Uns quält auch nicht der Gedanke, wie uns ein Genosse, der uns in der »Interim«

»Wir haben kein Interesse an einer Eskalation, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen«

geschrieben hat, verstanden hat: Unsere Aktionen hätten nichts bewirkt. Natürlich haben sie z. B. der staatlichen Walze Grenzen gesetzt, und sie haben mit zu der Situation beigetragen, in der es möglich ist, den Staat in der Auseinandersetzung um die Freiheit der politischen Gefangenen zu zwingen, sich zu bewegen. Aber die Aktionen haben nicht alles bewirkt, worauf wir aus sind und was wir für die gesamte Situation notwendig finden. Sie stärken weiterhin neben den Prozessen, die in der Gesellschaft gelaufen sind. Aktionen von uns blockieren in der jetzigen Situation durch das Konfrontationsniveau, das sie in die gesamte Auseinandersetzung hineinbringen, eine grundlegende gemeinsame Suche nach Neubestimmung mit vielen, anstatt voranzubringen.

Wesentlich ist auch, daß wir dieses Verhältnis, das wir an der Botschafts-Aktion beschrieben haben, aber auch an x anderen Auseinandersetzungen beschreiben könnten, nicht durchbrechen konnten. Ein Verhältnis, in dem viele GenossInnen es an uns delegiert haben, auf einer bestimmten Konfrontationsstufe zu kämpfen, wie auch, daß wir dafür zuständig sind, die Klarheiten oder, wie wir letztes wieder gehört haben, »die konkret greifbaren Bestimmungen für die Zukunft« zu entwickeln. Sie sind viel zu wenig von ihrer eigenen Verantwortung ausgegangen und davon, daß dies nur ein gemeinsamer Prozeß sein kann. Es ist genau das Verhältnis, worüber einige Gefangene in der letzten Zeit geschrieben haben: die falsche Arbeitsteilung, die sich über die letzten Jahre entwickelt hat, das fal-

sche Verständnis, das viele über uns haben und das wir auch selbst lange aufrechterhalten hatten, die Gewöhnung vieler daran, daß es die Guerilla eben immer gibt, sie selbst die Aktionen gut oder weniger gut finden.

Wir wissen, daß es in verschiedenen Bereichen Leute gibt, die aus ihrer eigenen Verantwortung etwas aufgebaut haben. Aber es gibt nur wenige, die sich mit uns zusammen den Fragen stellten, wie wir hier zum Aufbau einer Gegenmacht von unten kommen, und die mit uns zusammen diesen Prozeß anpacken wollten.

Für uns war es nicht einfach, zu dem Entschluß zu kommen, jetzt den Einschnitt zu machen, denn wir mußten auch etwas loslassen. Während wir in den letzten Jahren immer davon ausgegangen waren, daß wir mit jeder Aktion eine Antwort auf die Situation haben, uns also im großen und ganzen in erster Linie auf uns selbst verlassen haben, haben wir mit diesem Schritt jetzt ganz entschieden eine andere Richtung eingeschlagen. Einige gefangene GenossInnen haben das so gesagt: Die RAF hat auch Verantwortung an die Linke abgegeben. Für uns bedeutet das ein Vertrauen und Einlassen auf alle die, die wie wir jetzt daran-

en, aus ihren Erfahrungen die Stärken und Schwächen herauszufinden, um sie für die Zukunft nutzbar zu machen. Und auf all diejenigen, die aus den neuen Bedingungen in den letzten Jahren aufgestanden sind, und die, die schon was Neues angefangen haben. Ein Vertrauen darauf, daß unser Schritt jetzt so aufgegriffen wird, daß in dem jetzt notwendigen Prozeß neue Grundlagen für den weiteren Kampf entwickelt werden. Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß.

Der Schritt vom 10. 4. ist unser unterschiedenster Schritt, den wir in den letzten drei Jahren hin zu dem Prozeß gemacht haben, den wir in dieser Zeit entwickeln wollten. Am 10. 4. haben wir gesagt: Wir machen jetzt den Raum auf für diesen Prozeß. Das hat eine Bedeutung in zwei Richtungen. Dadurch daß die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache. Sie ist Sache all derer, die auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit durchgesetzt werden kann. Wir machen den Raum auch auf für frische Luft in den Gedanken für uns und für alle anderen auch, jetzt neue Orientierungen zu entwickeln, nichts Altes unreflektiert weiterzuziehen und sich auf alle Fragen und Diskussionen offen einzulassen.

»... Wir müssen das Soziale unter den Menschen neu herauskämpfen. Das ist keine Frage an die Macht. Von dort wird es keine gesellschaftliche Umkehr geben. An ihrem Verhältnis zu unseren Selbstorganisierungsversuchen wird sich nur zeigen, ob das Bestand haben kann, was die RAF derzeit versucht: Das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges zu stellen und neu Teil des sozialen Findungsprozesses zu werden. Wenn auf der anderen Seite alles beim Alten bleibt, wird dieser Linken auch nur bleiben, sich entweder mit der Ohnmacht abzufinden oder das Ausrottungsverhältnis gegen sich anzugrei-

fen...« (Karl-Heinz Dellwo)

Als wir am 10. 4. gesagt haben, daß der Kinkel-Vorstoß im Januar »offen gemacht hat, daß es Fraktionen im Apparat gibt, die begriffen haben, daß sie Widerstand und gesellschaftliche Widersprüche nicht mit polizeilich-militärischen Mitteln in den Griff kriegen«, ging es uns nicht darum, eine Binsenweisheit als neue Entwicklung zu behaupten. Viele haben uns da mißverstanden und gesagt: Das war doch schon immer so, daß der Staat neben der polizeilich-militärischen Antwort auch versucht hat, Widersprüche zu integrieren und sich auf diese Art vom Hals zu schaffen – womit sie recht haben.

Natürlich haben wir weder Kinkel noch der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« die Wandlung zu menschlichen Motiven unterstellt. Wir sehen es genau so, wie es die Gefangenen in Celle im »Konkret«-Gespräch gesagt haben: »...Was die Gefangenen betrifft: Es gibt Fraktionierungen in den Apparaten, die wir aber nicht überschätzen, denn es geht denen ... ums gleiche Ziel. Aber Kinkels Äußerungen sind – wie auch immer – ein politischer Ausdruck dieser Widersprüche, die lange herangereift sind. Das ist deshalb besonders bemerkenswert, weil es ein Apparat ist, der ein sehr starkes Beharrungsvermögen hat: Der Staatsschutzkomplex mit seinen faschistischen Wurzeln, seiner relativen Selbständigkeit, der zusammen mit den Medien eine Selbstlegitimationsmaschine bildet. Obwohl schon lange an den Fakten evident ist, daß sie die RAF wie auch die Gefangenen nicht kaputt kriegen, haben sie das über Jahre fortgesetzt ...« (den Versuch der militärischen Zerschlagung draußen und mit der weißen Folter drinnen).

Soweit das in unserem Text mißverständlich war, müssen wir das klarstellen. Allerdings denken wir, daß noch viel mehr Leuten als uns bewußt geworden sein muß, daß in der ganzen Situation eine politische Brisanz steckt, die wir für unsere Seite zur Wirkung bringen können. Es reicht nicht aus, sich gegenseitig darüber zu verständigen, daß sich die Ziele des Staatsschutzes natürlich nie mit unseren decken. Es ist enorm wichtig, zu sehen, daß der Staat an einem Punkt der Auseinandersetzung begriffen hat, daß er sich bewegen muß, an dem er jahrzehntelang ausschließlich auf Vernichtung gesetzt hat. In der Konfrontation zwischen Gefangenen aus der Guerilla/Widerstandskämpfen und dem Staat hat er nie auf Integration gesetzt, weil sowohl in dieser wie auch in der Konfrontation Guerilla – Staat der Antagonismus der Ausgangspunkt ist.

Heute können wirklich alle, deren Sache der Kampf gegen die Folter, für die Zusammenlegung und überhaupt für das Leben der politischen Gefangenen in den letzten Jahren gewesen ist, mit dem Selbstbewußtsein an die Situation rangehen, daß die Kinkel-Initiative eine Wirkung dieses jahrelangen Kampfes ist. Das war uns am wichtigsten dabei und von Anfang an die Frage, was wir von unserer Seite aus jetzt aus dieser Situation machen.

Während es das staatliche Ziel ist, die Politik der RAF auszulöschen, ist in der momentanen Phase eins unserer wesentlichen Ziele, das Zurückweichen des Staates aus seinem Ausmerzverhältnis, das er gegenüber allen hat, die für ein selbstbestimmtes Leben

kämpfen, die sich nicht der Macht des Geldes unterwerfen, die eigene Interessen gegen die Profitinteressen des Kapitals formulieren und umsetzen, durchzusetzen. Es hängt allein davon ab, ob die Möglichkeit, die für unsere Seite in der heutigen Situation liegt, von vielen aufgegriffen wird oder nicht. Natürlich gibt es keinen Automatismus, daß aus einem punktuellen Zurückweichen dieses Staates – aus seinem Vernichtungsinteresse gegen politische Gefangene – ein generelles Zurückweichen aus dem Ausmerzverhältnis gegen Fundamentalkopposition wird.

Wie sich in den letzten Wochen immer deutlicher abzeichnet, ist der Staat darauf aus, diesen Prozeß zu verschleppen und ihn zu entpolitisieren, und es ist die Frage an alle, die die Freiheit der Gefangenen wollen und die hier in der BRD überhaupt eine von unten bestimmte Entwicklung erkämpfen wollen, das nicht zuzulassen.

Im Kampf für die Freiheit der Gefangenen muß im Zentrum der politischen Auseinandersetzung stehen, daß der Staat mit dem Ausnahmezustand von 22 Jahren Folter brechen muß. Dabei muß auch die Tatsache ins Zentrum der Auseinandersetzungen, daß es Gefangene aus der Guerilla und dem Widerstand überhaupt nur aus dem Grund gibt: weil der BRD-Staat nach dem Faschismus nie mit dem Vernichtungsverhältnis gegen revolutionären Widerstand gebrochen hat. Bewaffneter Kampf war immer notwendig, um

»Dadurch, daß wir die Eskalation von unserer Seite aus der Konfrontation mit dem Staat zurückgenommen haben, ist die Bestimmung der Konfrontationsebene nicht mehr allein unsere Sache«

gegen dieses Ausmerzverhältnis durchzukommen – wenn nichts anderes leben soll außer der vom Kapital bestimmten und durchdrungenen Wirklichkeit, dann muß die Existenz und die Entwicklungsmöglichkeit von revolutionärem Widerstand bewaffnet durchgesetzt werden. Das ist seit 22 Jahren ein wesentlicher Grund, warum immer wieder GenossInnen den Kampf in der Guerilla angefangen und ihn weiterentwickelt haben. Oder warum sich GenossInnen in ihren Kämpfen auf die Guerilla bezogen haben.

In diesen Tatsachen steckt die politische Brisanz, die die Situation seit dem 10. 4. für diesen Staat hat und die von unserer Seite aus zur Wirkung gebracht werden kann. Wir haben am 10. 4. eindeutige Aussagen gemacht:

1. daß wir es als Priorität sehen, den Raum aufzumachen für eine politische Diskussion und Organisation einer Gegenmacht von unten und

2. daß wir kein Interesse an einer Es-

kalation in der Auseinandersetzung mit dem Staat haben, weil heute Aktionen von uns, die die Konfrontation zuspitzen, den politischen Prozeß auf unserer Seite nicht weiterbringen.

Für uns ist das ein offensiver Schritt, weil wir mit der Gewißheit in diese Phase eingegangen sind, daß die gesamte Situation jetzt an einem Scheidepunkt ist, von dem aus nichts mehr so bleiben wird, wie es vorher war – auch wir, die RAF, nicht: Entweder wir erkämpfen in diesem Prozeß hier in der BRD einen Entwicklungsraum für eine Gegenmacht von unten, für eine politische Organisation von Fundamentalopposition und für Basisbewegungen oder wenn die staatliche Seite nicht zurückweicht, dann wäre die notwendige und historisch logische Antwort, daß der bewaffnete Kampf zurückkommen wird, aber nicht nur als Entscheidung, daß allein wir, die RAF, weiter Aktionen machen, sondern als Entscheidung von vielen, die sich jetzt in den gesamten Prozeß reinstellen. Wenn viele mit dem Bewußtsein darüber in die Auseinandersetzung gehen und diese Frage, was die Antworten sein müssen, wenn der Staat das Vernichtungsinteresse aufrechterhält, nicht nur an uns, sondern genauso an sich selbst stellen, dann wird das eine scharfe politische Waffe, die wir gegen diesen Staat in der Hand haben.

Es reicht überhaupt nicht aus, jetzt zu sagen: Seht doch in Mannheim, da knüpfeln Bullen die AntifaschistInnen nieder, die zum Schutz der Flüchtlinge vor Faschisten demonstriert haben; oder in München, da wollten sie jeden Ansatz von Diskussionen zum Gegenkongreß gegen den Weltwirtschaftsgipfel zerschlagen. Wir sehen das und vieles mehr. Auch daß sie jetzt mit der Ankündigung der neuen Prozeßwelle gegen Christian Klar, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann und Rolf-Clemens Wagner auf Grund von Kronzeugenaussagen signalisieren, weiterhin an ihrem Vernichtungswillen festzuhalten – genauso wie sie die Isolationsbedingungen bei einzelnen Gefangenen nach dem 10. 4. sogar noch verschärft haben. Sie verschleppen den Prozeß von Freiheit der Gefangenen, indem sie Bernd Rössner immer noch nicht rausgelassen haben. Und sie üben Druck auf die Gefangenen aus, sich selbst und die Geschichte zu verleugnen. Wenn der Staat bei diesem Vorgehen bleibt, muß er wissen, daß er die Verantwortung dafür hat, daß sich das Konfrontationsverhältnis wieder verschärfen wird.

Auf der anderen Seite ist die Frage, was bisher von unserer Seite her geschehen ist. Zu der Demo in Bonn für die Freiheit der Gefangenen sind 2000 Menschen hingegangen. Es gibt Diskussionspapiere, in denen die Aussage kritisiert wird, daß sich mit der Freiheit der politischen Gefangenen die gesamten Bedingungen für Fundamentalopposition verbessern werden. Tatsächlich können sowohl die Freiheit der Gefangenen als auch verbesserte Ausgangsbedingungen nur erreicht werden, wenn sich jetzt viele aus verschiedenen Kämpfen in diese Auseinandersetzung einschalten.

Nach dem Bulleneinsatz in München war von einem (oft ziemlich fürchterlichen) Kabarettisten im Fernsehen zu hören: Dieses Verhältnis vom Staat gegen Widerstand ist der Grund dafür, daß es Gruppen wie die RAF in der BRD gibt. Er bringt damit mehr politische Schärfe in die öffentliche Auseinanderset-

zung als viele GenossInnen, die sich und anderen immer wieder nur vor Augen halten, warum dieser Staat gerade auf dem Weg zur Großmacht so gegen Widerstand vorgeht. Wenn es dabei stehen bleibt, dann wird es unmöglich, sich die Frage zu stellen, wie wir den Staat zum Zurückweichen zwingen. Dann bleibt der Widerstand in der Logik der Herrschenden gefangen, denn wir haben kein einziges Ziel, das nicht gegen diese Logik erkämpft werden muß. Natürlich können wir diese Haltung vieler GenossInnen nachvollziehen, weil sie uns nicht fremd ist, aber wir kritisieren sie, weil sie zu nichts führen wird und die Frage danach, was wir erreichen können, gar nicht stellt.

Eine andere Haltung, die wir nur kritisieren können, kam in dem Gespräch mit den Gefangenen in Celle von Thomas Ebermann und Hermann Gremliza rüber: die Haltung, die den Gefangenen und uns jetzt rät, von Niederlage und Sinnlosigkeit zu reden, damit die Gefangenen überhaupt eine Chance hätten, aus dem Knast zu kommen. Und die somit die Frage, die Freiheit der Gefangenen zu erkämpfen, auf einen Deal zwischen dem Staat auf der einen und den Gefangenen und der RAF auf der anderen Seite reduzieren.

Im Gegenteil: Wir denken, daß es große Bedeutung hat, daß sowohl die Forderung nach der Freiheit der Gefangenen als auch die ganze politische Dimension, die mit dieser Frage verbunden ist, nämlich ob der Staat zurückweicht oder nicht, eben nicht nur im »Scene-Ghetto« bleibt (und auf der Gegenseite in den Staatsschutzgremien), sondern in der Mobilisierung für die Freiheit sehr breit in der Gesellschaft auf den Tisch gebracht wird. Es muß der Regierung, den Wirtschaftseliten und den Staatsschützern aller Fraktionen unmißverständlich klargemacht werden, daß die Konsequenzen für diesen Staat, wenn er am Ausmerzverhältnis festhält, bei weitem das übersteigen werden, womit er konfrontiert gewesen wäre, wenn wir am 10. 4. nicht diesen Schnitt in unserer Geschichte gemacht hätten.

Wir haben gesagt, daß wir uns nicht aus der Verantwortung ziehen werden, wenn der Staat den Prozeß, den wir jetzt wollen, plattmachen will. Wir denken nicht, daß immer, wenn sie massiv gegen Leute vorgehen und versuchen, Prozesse zu verhindern, von uns die richtige Antwort wäre, auf unserer Seite mit bewaffneten Aktionen zu eskalieren.

»Unsere Orientierung ist heute in erster Linie, einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert«

Unsere Orientierung ist heute in erster Linie,

einen gesellschaftlichen Prozeß zu entwickeln, in dem sich Gegenmacht von unten organisiert, die auch dieser repressiven Walz-Grenzen setzt und sie zurückdrängt.

Wenn sich abzeichnen sollte, daß der Staat keinen Raum zuläßt, in dem sich so was organisieren kann bzw. wenn sie vorhaben, schon erkämpfte Räume plattzuwalzen, wird es notwendig sein, diesen Staat zurückzukämpfen. Unsere Entscheidung, an so einem Punkt zu intervenieren, werden wir aus der Diskussion derer, die sich in den Prozeß reinstellen, treffen. Sie wird sich daran orientieren, ob es für diesen Prozeß sinnvoll und notwendig ist. Wir werden die bewaffnete Intervention dann als ein Moment des Zurückdrängens bestimmen und nicht als weitere Strategie. Wir werden also nicht einfach zum Alten zurückkehren. Diese Eskalation ist nicht unser Interesse. Aber der Staat muß wissen, wenn er keine andere Möglichkeit zuläßt, daß es auf unserer Seite die Mittel, die Erfahrung und die Entschlossenheit gibt, sie dafür zur Verantwortung zu ziehen. Sie können unsere Erfahrungen aus 22 Jahren bewaffnetem Kampf nicht mehr auslöschen.

Was die Herrschenden heute als den Sieg des Kapitalismus bezeichnen, hat in Wirklichkeit seine globale Krise zementiert. Die Einbindung des Südens in das Weltmarktsystem hat den Völkern im Trikont bei explodierender Verschuldung und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen massenhafte Verelendung und millionenfachen Hungertod gebracht. Nachdem der Imperialismus jahrhundertlang jede eigenständige Entwicklung im Trikont verhindern und zerstören wollte, um die Menschen bis auf das Blut auszusaugen, sind heute ganze Völker für den Weltmarkt nutzlos geworden. Das sind die allein seit 91 über 50.000 Verhungerten in Somalia, und »weitere 1,5 Millionen Somalis sind praktisch zum Hungertod verurteilt« (Uno); das sind die von Todesschwadronen ermordeten Straßenkinder in Brasilien; das sind die Millionen vertriebener Menschen, die selbst aus Slums zwangsgeräumt werden; und heute breiten sich selbst Armutseuchen wie die Cholera wieder aus. Vor diesem weltweiten Hintergrund ist es für Konzerne wie VW möglich, auf einen Streik mit der Entlassung von 15.000 Streikenden zu antworten, wie vor kurzem in Mexiko.

In der Vorstellung der Imperialisten bleibt heute ganzen Völkern keine andere Möglichkeit, als sich hinzulegen und zu sterben. Diese »Perspektive« haben nun auch die Völker im Osten vor sich. Die Krise hat längst auch die Kernstaaten des Kapitalismus erfaßt. Die Zahl der Menschen in den Metropolen, die der Kapitalismus nicht mehr braucht, die Zahl der Ausgegrenzten explodiert, die Kluft zwischen Arm und Reich war noch nie so groß. Heute gibt es die »3. Welt in der ersten Welt«.

Der scheinbare Sieg des kapitalistischen Marktsystems, die globale Herrschaft des Geldes, ist unumkehrbar mit seiner umfassenden Krise zuvor nie dagewesenen Ausmaßes verknüpft. Sie können den Widerspruch, der zwischen der Konkurrenz der Ökonomien, der Logik des Kapitalsystems und der Weltarmut und der weltweiten Vernichtung der Natur aufbricht, nicht lösen. Es ist ein Antagonismus. Die Vernichtung von

Lebensmitteln in der EG zur Preisstabilisierung (!) bei gleichzeitigem Verhungern von Mio. Menschen im Süden und der Verschärfung der Lebenssituation im Osten spricht für sich. Selbst wenn das Kapitalsystem wollte, könnte es die existentiellen Probleme der Weltbevölkerung nicht lösen – Lösungen sind nur außerhalb der Kapitallogik möglich.

Natürlich wird ihre Vorstellung, daß sich die Menschen im Süden und im Osten hinlegen und sterben, nicht aufgehen, denn die Hungernden und Entwürdigten halten sich nicht an die Gesetze der Weltmarktstrategen, die ihren Tod vorgesehen haben. Weltweit werden Kämpfe von Unterdrückten und Ausgegrenzten geführt, um sich die Bestimmung über ihr Leben zurückzuerobern. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen, die das Kapital kaum noch kontrollieren kann, bewegen sich in zunehmendem Maße auf die Metropolen zu.

Auch wenn wir heute sagen können, daß in dieser gesamten Entwicklung für den Imperialismus die Gefahr des Kollaps selbst seiner Kernstaaten liegt, bedeutet das keinesfalls aus sich heraus einen Fortschritt für die Menschen. Die Herrschenden sind heute noch nicht mehr in der Lage, die alte Funktionsweise des imperialistischen Systems aufrechtzuerhalten, in der die befriedeten Metropolen das relativ ruhige Hinterland für die Kriegsführung und Ausplünderung im Trikont sein sollten. Das drückt sich immer schärfer in ihrem Verlust der Integrationskraft ganzer Bevölkerungsteile aus, was in den USA, aber auch in der Ex-DDR, Frankreich oder Großbritannien am stärksten sichtbar ist. Die Aufstände in den Ghettos von Los Angeles, Paris und mehreren Städten in Großbritannien sind erst die Ankündigung dessen, was morgen in ganz anderer Dimension Realität in den Metropolen sein wird. Aber auch hier hat es lange nicht mehr so viele Streiks, Demonstrationen und Werksbesetzungen gegen das ständige Zurückrollen von ehemals erkämpften sozialen Rechten und Errungenschaften der Menschen gegeben wie in den letzten zwei Jahren (Karenztage, rapide steigende Mieten vor allem in Ostdeutschland, Werkschließungen, Kürzungen im sozialen Bereich, ÖTV-Streik). Doch die Kämpfe sind nur die eine Seite. Die Explosion der Gewalt und Brutalität jeder gegen jeden und die Selbstzerstörung in der Gesellschaft die andere.

Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. In Jugoslawien ist der Aufteilungskampf um Ressourcen, der Konkurrenzkampf um eine Chance für die Anbindung an den kapitalistischen Weltmarkt zum blutigen Nationalitätenkrieg eskaliert. Das Elend der Menschen ist maßlos. Eine Lösung ist in den Kategorien dieses Systems nicht möglich. Die Politik der EG wie auch der Nato gegenüber diesem Krieg hat selbst für sie nicht mehr die Qualität einer Krisenbewältigung. Für die Herrschenden ist es die Hauptfrage, die Entwicklung im Zaum zu halten, um eine Dynamik zu verhindern, in der sie ihnen ganz aus der Hand gleitet. Das herausragende Interesse des deutschen Staates ist es, aus diesem Krieg die Rechtfertigung für militärische Einsätze der Bundeswehr zu ziehen und sowohl hier im Innern eine Legitimation dafür durchzusetzen als auch in der internationalen Arbeitsteilung in konkreten Vereinbarungen auf den Weg zu

bringen. Sie machen sich das Elend der jugoslawischen Völker zunutze, um das, was sie mit dem Golf-Krieg begonnen haben, weiterzuentwickeln und festzuklopfen. Es geht ihnen um die Frage »des Weltgewaltmonopols der Uno« (Engholm), nachdem die Uno von den reichen kapitalistischen Staaten beherrscht ist.

In der BRD sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Hochtechnologisierung immer mehr Menschen arbeitslos macht und für die, die sie noch brauchen, die Arbeitsbedingungen immer unerträglicher macht. Während die permanente Steigerung der Produktivität den Eliten weiterhin hohe Profitraten garantiert, hat sich der Druck auf die Arbeitenden gesteigert. Sie sind nicht nur SklavInnen der Maschinen und Computer. Es steigt der Zwang zu mehr Leistung, zur Flexibilität – das heißt die Bereitschaft dazu, alle Lebenszusammenhänge dem Funktionieren im Job unterzuordnen – in der ehemaligen DDR wurden Frauen sogar dazu gezwungen, sich sterilisieren zu lassen, um überhaupt Arbeit zu bekommen.

Der Druck, nicht krank zu werden, um nicht herausgekickt zu werden. So werden viele ausgelaut und krank gemacht. Hier werden die Bereiche des Dienstleistungssektors, die am wenigsten mit der elementaren Bedürfnisbefriedigung der Menschen zu tun haben, immer weiter aufgebläht. Dies und die sinnlose Steigerung der Warenproduktion dienen einzig den Profitinteressen und zerstören die ökologischen Lebensgrundlagen und die Menschen selbst.

Obwohl die BRD eines der reichsten Länder der Welt ist, gibt es hier heute wachsende Wohnungsnot, Mieten, die einen hohen Teil der Löhne fressen, und ca. eine Million Obdachlose. Immer mehr leben von Sozialhilfe, und selbst der Staat muß heute die Existenz von Altersarmut zugeben. Auch in der Metropole können immer weniger an dem »verrückten Wettlauf der Menschen untereinander« – wie Fidel Castro den Konkurrenzkampf und den Run auf Konsum nennt – teilnehmen. In immer mehr Lebensbereichen brechen die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der Menschen und der von der Verwertungs- und Profitlogik bestimmten Realität auf.

Besonders in der ehemaligen DDR haben sich die Lebensbedingungen drastisch verschärft. »Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb der Kriegs- oder Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist«, steht im Weißbuch »Unfrieden in Deutschland«; seine Verfasser in der ehemaligen DDR werteten 5000 Briefe aus. Drei davon waren positiv. Eine Umfrage dort hat ergeben, daß 60 Prozent der Bevölkerung in der Ex-DDR den Sozialismus grundsätzlich für die gerechtere Gesellschaftsordnung halten. Die große Mehrheit würde sich heute für eine andere gesellschaftliche Entwicklung entscheiden, die weder das alte DDR-System noch das Kapitalsystem ist. Eine Jugendliche in einem Fernsehinterview: »Die Menschen in der DDR waren weniger von der Ideologie der SED und Stasi besetzt als die Menschen im Westen vom Geld.«

Insgesamt ist die Zahl derer, die noch eine Lösung der existentiellen Probleme vom Staat erwarten, rapide gesunken. Aber die Verschärfung der Widersprüche führt nicht

»Wir können heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben«

automatisch zu Solidarisierung und Organisation, denn Vereinzelung, Einsamkeit und Konkurrenz – die Zerstörung des Sozialen in den Beziehungen der Menschen untereinander – sind die gesellschaftliche Normalität, die das System durchgesetzt hat. Der Kapitalismus hat die sozialen Werte durch das Streben nach Profit, dem Geld als höchstem Wert ersetzt. Alles soll käuflich, jedes Problem mit Geld zu lösen und jedes Bedürfnis mit irgendwelchen Waren zu befriedigen sein. Das ist die Ideologie des Kapitals, eine Grundvoraussetzung für den Bestand dieses Systems. Ihr Verhältnis gegenüber denen, die da rausbrechen wollen und sich für eine andere Wirklichkeit organisieren, ist entsprechend: niederknüppeln, einsperren, ausmerzen.

Heute, wo viele Existenzängste haben, hat die Zerstörung des Sozialen in der Gesellschaft eine neue Dimension bekommen: die Explosion der Selbstzerstörung, der Gewalt der Menschen untereinander. Aus der mangelnden Hoffnung und der Hoffnungslosigkeit, wie es zu positiven Veränderungen kommen kann, flüchten sich mehr und mehr in Alkohol und Drogen, und die Selbstmordrate steigt. Der Frust, die Angst und die Aggression werden gegen sich selbst gerichtet oder gegen andere, die in der gesellschaftlichen Hierarchie noch weiter unten sind. Das sind die Nazis gegen die Menschen anderer Hautfarbe und Nationalität, Schwule und Lesben, die steigende Gewalt gegen Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Medienhetze gegen Flüchtlinge und das Niederknüppeln von AntifaschistInnen auf den Straßen zeigen deutlich das Interesse von Staat und Kapital, die wachsende Unzufriedenheit in eine rassistische und reaktionäre Mobilisierung zu kanalisieren. Dagegen ist die Möglichkeit, im Aufbau solidarischer Beziehungen und selbstbestimmter Organisation von unten – also aus der alltäglichen Lebensrealität der Menschen heraus – sinnvolle und gerechte Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen, noch schwach sichtbar.

Trotzdem können wir heute davon ausgehen, daß die Kämpfe der letzten 25 Jahre, an denen sich immer wieder weit mehr Menschen beteiligt haben, als in linken Zusammenhängen organisiert waren, im gesellschaftlichen Bewußtsein eine Spur hinterlassen haben. Das ist z. B. an der Nicht-Akzeptanz menschen- und naturverachtender Technologien wie Gen-Technologie und Atomenergie, an der Sympathie und Unterstützung für Hausbesetzungen in verschiedenen Städten, an Kriegsdienstverweigerungen, an den breiten Mobilisierung gegen den IWF 88, den Demonstrationen Hunderttausender gegen den Golf-Krieg oder den 25000 auf der Demo

gegen den WWG sichtbar. Diese Spur und die Tatsache, daß wir 22 Jahre gezeigt haben, der Angriff gegen dieses System ist möglich und steht ungebrochen gegen alle Versuche des Staates, alles, was für ein anderes Leben kämpft, auszulöschen, sind Grundlagen, von denen aus wir jetzt das Neue herausfinden können.

Es geht uns um einen Prozeß, in dem es gelingt, reale Gegenmacht aufzubauen. Die globale Situation, wie auch die Entwicklung des BRD-Staates und die in der Gesellschaft, drängen nach einer Kraft, die gegen die Zerstörungsprozesse sinnvolle Lösungen durchsetzt. Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen »das Neue« wächst – radikal für das Leben und an den konkreten Fragen gemeinsam nach Lösungen suchend –, die Alternative zum System lebt. Es kann also nur ein Prozeß von Organisierung in den verschiedensten Formen sein, der den heute vereinzelt und zersplitterten Kräften, die an den verschiedensten Punkten auf der Suche danach sind, wie menschenwürdiges Leben durchgesetzt werden kann, das Zusammenwirken ermöglicht und zu einer Machtposition gegenüber den Herrschenden wächst. Denn Lösungen, die sich an Mensch und Natur statt am Profit orientieren, wird es von der Macht nicht geben. Es sind Prozesse, in denen die Herrschenden zurückgedrängt und dazu gezwungen werden, Lösungen von unten zuzulassen.

Heute ist es hier an vielen Punkten so, daß Menschen, die ihre Lebenssituation an einem Punkt nicht mehr ertragen wollen und können, sofort darauf prallen, daß es die gesamte Organisation des kapitalistischen Systems ist, aus der die eigene Situation untraglich wird. Zum Beispiel wenn sich Leute gegen den ständig anwachsenden Verkehr zur Wehr setzen, wie in der Stresemannstraße in Hamburg, stoßen sie darauf, daß die kapitalistische Organisation mit der Ausrichtung auf Profit kaum einen Raum für sie läßt. Die Frage liegt auf der Hand, für wessen Interesse der Transportverkehr ins Unermeßliche steigt. Die Interessen des Kapitals stehen dem Bedürfnis der Leute nach einer lebenswerten Umgebung, in der Kinder nicht von LKWs überfahren werden, wenn sie vor die Haustür gehen, entgegen. Und der Wahnsinn der ständig steigenden Warenproduktion braucht den Wahnsinn des steigenden Transportverkehrs.

»Es geht um einen gesellschaftlichen Prozeß, der die verschiedensten Lebensbereiche erfaßt und Räume erkämpft, in denen die Alternative zum System lebt«

Ein anderes Beispiel: In Mannheim, wo es vor kurzer Zeit eine rassistische Mobilisierung aus der Bevölkerung eines Stadtteils gegen Flüchtlinge gab, war die Situation vorher so: In dem Stadtteil, wo die Flüchtlinge

hingekommen sind und angegriffen wurden, hatten vorher Jugendliche einen Raum für sich gefordert, der ihnen von der Stadt verweigert wurde. In genau dieses Gebäude mußten die Flüchtlinge einziehen. Hätte es vorher eine Auseinandersetzung um die Situation im Stadtteil gegeben, hätten die Jugendlichen von z. B. Antifas in der Region, die dann auch später den Schutz für die Flüchtlinge organisiert haben, Unterstützung bekommen und hätte sich dort schon etwas Gemeinsames, Solidarisches entwickelt, dann hätte das Kommen der Flüchtlinge auch etwas ganz anderes auslösen können. Denn wo Flüchtlinge hinkommen, da ist auch schnell die Auseinandersetzung daran da, warum sie hierher fliehen müssen und in ihren Ländern nicht mehr leben können; daran, daß die Ursache für das weltweite Elend im gleichen System liegt, das hier Jugendlichen keine Räume läßt. Dann hätte es die Auseinandersetzung daran geben können, wie sie sich zusammen den Raum für das Leben erkämpfen können.

Natürlich finden wir die Organisierung von Schutz für Flüchtlinge und das Zurückdrängen der Faschisten absolut notwendig. Aber das Beispiel zeigt auch, daß das nicht reicht und der Prozeß, den wir jetzt brauchen, nicht in der Abgeschiedenheit von »Scene-Ghettos« stattfinden kann.

Die Zerstörung des Sozialen ist eine der wesentlichen Grundlagen für die Macht und das Fortbestehen des kapitalistischen Systems. Eine Gegenmacht von unten wird es nur geben, wenn die Alternativen zum herrschenden Normalzustand in dieser Gesellschaft und zum System überhaupt (bietet). D.h. wesentlich: Der Zerstörung des Sozialen, der Entfremdung und dem Jeder-gegen-Jeden eine Organisierung entgegenzusetzen und gesellschaftliche Räume zu schaffen, in denen Solidarität lebendig ist und aus denen heraus viele die Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in die Hand nehmen – das nennen wir soziale Aneignungsprozesse. Daraus wird Anziehungskraft entstehen, denn der Kampf um das Soziale unter den Menschen ist die spürbare Alternative zur Einsamkeit im System, zur verzweifelt Selbstzerstörung, zu den Faschisten. Er ist die Grundlage für internationalistisches Bewußtsein, der Boden, auf dem die internationale Solidarität wachsen kann.

In diesen Prozessen stellt sich die Frage nach internationalistischem Bewußtsein auch deswegen direkt und von Anfang an, weil sich die Bevölkerung hier aus Menschen der verschiedensten Nationalitäten zusammensetzt. Das eine ohne das andere, die Entwicklung sinnvoller Lösungen ohne die Entwicklung solidarischer Beziehungen der Unteren untereinander – ist nicht vorstellbar. Die Voraussetzung für die Gegenmacht von unten, für die revolutionäre Entwicklung überhaupt ist ein Bewußtsein, das immer mehr Menschen zu gemeinsamem Handeln befähigt.

In dem jetzt notwendigen Prozeß wird sich entscheiden, ob in Großdeutschland eine Gegenmacht von unten wächst und ihr Gewicht in einen neuen internationalen Umwälzungsprozeß einbringen wird oder ob es hier nichts weiter geben wird als die fortschreitende Zerstörung. So eskaliert ist die Situation: Es läuft in die eine oder in die andere

Richtung, nichts wird so bleiben, wie es ist. Die Krise des Kapitals und die Krise des Proletariats brachten schon einmal den Faschismus hervor. Es ist wichtig, die Gefahr, die in der zugespitzten Situation liegt, zu sehen. Es ist aber genauso dringend, die Möglichkeiten, die in der Situation liegen, zu begreifen. Die Beschränkung der Gedanken auf die gesamte wie auf die eigene Krise vieler Linker hat in den letzten Jahren die Stagnation gefestigt und Verantwortung jeder/s einzelnen für die

»Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich«

Entwicklung unserer Seite in den Hintergrund gedrängt. In vielem, was in den letzten Jahren gesagt worden ist, kam hauptsächlich rüber, andere, die mit den verschiedensten Initiativen nach Veränderungen gesucht haben, zu beurteilen und festzustellen, »daß das jetzt auch nichts bringt«, eine – trotz des Schlechtgehens der meisten dabei – bequeme Position, die außenstehend in der Beobachterposition verharrt.

Wenn wir von der Verantwortung der Linken reden, meinen wir die Verantwortung und Initiative von jeder/m für den Prozeß. Die Gedanken und die Praxis aller sind gefragt. Es gibt kein Programm, kein Konzept, von uns nicht und von anderen nicht. Das ist auch gar nicht möglich. Es ist ein Prozeß des Sich-Findens auf neuer Grundlage und in allen Auseinandersetzungen. Der Diskussion, die wir jetzt wollen, geht es um ein Herausfinden neuer Gedanken für den Umwälzungsprozeß.

Die gesellschaftliche Alternative wollen wir finden und zusammen erkämpfen, sonst wird die reaktionäre Seite in der Gesellschaft weiter erstarken. Reaktionäre und rassistische Mobilisierung im Inneren, in der das Soziale unter den Menschen abgetötet ist, ist für den deutschen Staat – der im Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals die Führung in der Welt anstrebt – Voraussetzung, die Vernichtungspolitik gegen die Völker weiter zu eskalieren. Es ist die Voraussetzung für den weltweiten Einsatz der Bundeswehr, auf den sie jetzt zusteuern. Es ist unsere Verantwortung, die Verantwortung der Linken in diesem Land, die Gegenmacht aufzubauen, die in der Lage ist, auch das zu verhindern.

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Rote Armee Fraktion
August 1992

Trotz seiner relativ guten Verbreitung wollen wir den neuen Text der RAF abdrucken, da wir ihn für die Diskussion, auch in dieser Zeitschrift, wichtig finden.

Wir finden gut, daß die RAF einmal über sich erzählt und von dem, was sie die letzten Jahre politisch bewegt hat. Dies wurde schon von vielen Leuten und seit langem ersehnt; und manches wird nach diesem Text besser verständlich.

Politisch fällt an diesem, wie an den anderen aktuellen Texten der Raf auf, daß sie an der Stelle, an der sie sich früher in der Metropole nur auf eng umgrenzte politische Schichten bezog, nun die Anknüpfung an gesellschaftliche Konflikte von unten sucht.

Neben dem, was wir ohnehin als Eingemachtes kennen (Hafen, Mainzerstraße, ...) werden hier Organisierung in Alltagskonflikten, die aktuellen Antirassismus-Geschichten, Klassenkämpfe, Internationalismus u. a. mehr benannt. Nach Frauen-Kämpfen suchten wir leider vergeblich

Davon mal abgesehen, fanden wir ziemlich gut, daß hier Konsequenzen gezogen wurden aus der ewigen Selbstisolierungs-Diskussion in der Linken. Zwischen Selbstbejammerung auf der einen und '5%-Kultur' auf der anderen Seite gab es keine Infragestellung der eigenen Politik. Daß sich die RAF nun an der Debatte um diese Themen beteiligt, von der Autonomie innerhalb dieser Kämpfe ausgeht und sich als ein Teil darin versteht, finden wir einen wichtigen Schritt.

Sicherlich wäre nicht schlecht gewesen, wenn zu dem einen oder anderen Punkt etwas mehr an 'Eigenem' von den SchreiberInnen gekommen wäre. Damit wäre die politische Bestimmung vielleicht klarer erkennbar und die Diskussion würde erleichtert. Aber andererseits finden wir es an diesem Text gerade gut, daß die alte Rolle der Orientierungstifterin verweigert wird und das Augenmerk auf eine "militante Debatte" innerhalb selbstorganisierter gesellschaftlicher Kämpfe gelenkt wird. - Dabei stieß uns ein wenig auf, daß diese neue Offenheit stellenweise zu einer Kriterienlosigkeit zu zerfließen droht. Nicht, daß wir uns nicht auch gerne von teilweise so unsinnigen Fragen verabschieden möchten, wie "ob die xy-Kämpfe (außerhalb der radikalen Linken) nun politisch oder nur reformistisch sind?". Deshalb finden wir das Attribut "von unten", das in den Texten zur Zeit sehr häufig verwendet wird auch ganz gut. Aber "von unten" bezeichnet eben auch ganz konkrete Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, wie vor allem der dreifachen Unterdrückung. Und das gerät häufiger ins Abseits, wenn von den Menschen, "radikal für das Leben" und ähnlichem die Rede ist.

Das gleiche trifft in noch stärkerem Maße für den Natur-Begriff zu, wenn beispielsweise "menschen - und naturverachtende Technologien" in einem Atemzug genannt werden. Dabei geht das "oben und unten" wieder verloren. Da scheint es doch, als sollte aus einer alten Not eine neue Tugend gemacht und ja niemandem auf die Füße getreten werden.

aus Platzmangel haben wir einige Texte auf nächste Woche verschoben.

Inhalt:

- 3 Volkssport - Antifa
- 5 Volkssport
- 6 Frauenaktion
- 8 Antirassismus - Frauenbeitrag
- 10 Rostock
- 17 Eberswalde
- 19 Rostock
- 22 Frauen - Antifa
- 24 500 Jahre Koblenz
- 25 Kurdistan
- 27 RAF

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.